Sonnabend, 19. Juli 1924 | Abend-Ausgabe | Einzel-Nummer 10 Goldpfennig

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 341 | 53. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. | Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Kompromißversuche in der Sanktionsfrage.

Bedingte Handlungsfreiheit der Mächte?

Die vier Paragraphen.

Heute Beratung des Seydoux-Memorandums. — „Zwei Phasen der Räumung".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 19. Juli.

Die Pariser Zeitungen halten für das wichtigste Ereignis des gestrigen Tages in London das Eingreifen der Amerikaner. Nach dem offiziellen Diner im Lancaster House soll Herriot gewußt haben, daß die amerikanischen Delegierten ihren Einfluß ausüben würden, um die beiden Thesen Frankreichs und Englands über die Feststellung der Vertragsverletzungen und der Sanktionen miteinander auszugleichen. Logan und Owen Young sind, nach französischer Darstellung, zu der Auffassung gekommen, daß die Geldgeber der Anleihe auf politische Garantien verzichten können, wenn sie genügende finanzielle und wirtschaftliche Garantien erhalten. Nach längerer Beratung sei auf Grund der amerikanischen Vorschläge ein neuer von Peratti della Rocca redigierter **Kompromißvorschlag ausgearbeitet worden, der aus vier Paragraphen besteht.** In dem ersten Teile werde die Berufung eines **amerikanischen Delegierten in die Reparationskommission und das „Recht der Regierungen zur Festsetzung der Sanktionen" bestimmt.** Diese beiden Paragraphen seien vom Ausschuß angenommen worden. Der dritte und vierte Paragraph sollen heute besprochen werden. Pertinax teilt im „Echo de Paris" den Wortlaut mit. Der französische Text des Paragraph 3 lautet: **„Die Zeichner der Anleihe für Deutschland wird nicht nur ein Prioritätsrecht auf die deutschen Zahlungen haben. Auch die Summen, die bei etwaigen Sanktionen kassiert werden, müssen zuerst zur Deckung dieser Forderungen verwendet werden."** Daran schließt sich Paragraph 4: **„Unter diesen Bedingungen wird die Handlungsfreiheit der Mächte respektiert werden."** Die meisten französischen Zeitungen sprechen die Meinung aus, daß mit dieser Bestimmung das Recht auf die „isolierte Aktion" gewährt sei. Pertinax und seine Freunde aber sind der Meinung, daß dieses Recht nach dem amerikanischen Vorschlag „rein theoretisch" sei und niemals zur praktischen Anwendung gelangen könne. Pertinax schreibt: „Dies Kompromiß ist gefährlich. Wenn die amerikanischen Geldgeber eine Priorität erhalten, liegt es natürlich in ihrem Interesse, Deutschland gegen alle Sanktionen zu schützen, solange die Zurückzahlungen auf die Anleihe pünktlich erfolgen. Wenn aber wirklich eine neue Sanktion in Form einer Besetzung oder einer Beschlagnahme von Eisenbahnen und Fabriken beschlossen werden sollte, wird sie uns nichts einbringen, sondern nur zum Besten der Geldgeber geschehen. Ist das nicht eine Art von Veto gegen jede militärische Besetzung?"

Andere Zeitungen sehen voraus, daß die Engländer zu dem Kompromiß noch einschränkende Zusatzanträge stellen werden. Im Zweiten Ausschuß, der über die Räumungsfristen berät, soll heute früh über den **Vorschlag des französischen Delegierten Seydoux** beraten werden. Der „Matin" nennt diesen Plan „großzügig und entgegenkommend". Nach dem Bericht des „Echo de Paris" soll zwischen zwei Phasen der Räumung unterschieden werden.

Die „erste Phase" umfaßte auf deutscher Seite: Die Verabschiedung der Gesetze durch den Reichstag und die Organisation der im Sachverständigenplan vorgesehenen Einrichtungen; auf der Seite der Geldgeber: Die Zusicherung, daß die Anleihe gegeben werde und bereits gezeichnet sei; auf französisch-belgischer Seite: Aufhebung der Zollgrenze im besetzten Gebiet, Unterdrückung der Ausfuhrlizenzen, Aufhören der besonderen Taxe, Zahlung der gewöhnlichen Abgaben an den im Dawes-Plan bestimmten Agenten für die Reparationszahlungen.

Die „zweite Phase" umfaßte auf deutscher Seite: die Konstituierung der Reichsbahngesellschaft und die Uebergabe der Eisenbahnobligationen an die Reparationskommission; auf französisch-belgischer Seite: Das Aufhören der französisch-belgischen Regie, die in drei Monaten verschwinden muß, aber **unter der Voraussetzung einer Sicherung für militärische Zwecke.**

Nach den Informationen Sauerweins im „Matin" verlangen die Engländer die Rückkehr zu dem Zustand vor dem 11. Januar 1923 (eine Linie nach Wiesbaden und ungefähr fünfhundert Kontrolleure). Die Franzosen und Belgier forderten dagegen zwei Eisenbahnwege zur Verbindung mit den Besatzungstruppen, und die Franzosen verlangen außerdem noch, daß einige tausend französisch-belgische Eisenbahner unter dem Eisenbahnpersonal sein sollen und daß ein alliierter Verwaltungsbeamter der Leitung des westfälischen Eisenbahnnetzes zugeteilt werde. Als eine „unerläßliche Bedingung" werde der Delegierte des zweiten Ausschusses verlangen, daß Frankreich die Räumung erst dann zu beginnen brauche, wenn durch eine Erklärung der Geldgeber die Anleihe gesichert sei.

Die Beratung des dritten Ausschusses (Sachlieferungen und Transfer) sind nach dem französischen Bericht noch nicht weit gediehen. Nach dem „Echo de Paris" läßt sich diese Beratung nicht gut an. Der Ausschuß hatte heute „erweiterte Vollmachten" verlangt. Die „Chicago Tribune" bringt Einzelheiten über die militärische Räumung, die von keiner anderen Seite bestätigt werden. Aus den anderen Berichten läßt sich erkennen, daß die wirtschaftliche Räumung bereits vierzehn Tage nach der Annahme der Gesetze im Reichstag beginnen soll. („Matin" und andere Zeitungen.) Die Gruppe Pertinax und Genossen beklagt es, daß die Autorität und die Macht der Reparationskommission durch die amerikanische Teilnahme dauernd geschwächt sei und verlangt, daß die französischen Delegierten um so stärker die zweite Linie verteidigen sollen: das Recht auf die isolierte Aktion und das Hinauszögern der Räumung. Die radikalen Zeitungen wenden sich gegen die unanständige Polemik, die von den Anhängern des nationalen Blocks gegen die Politik und gegen die Person Herriots geführt wird.

Der Londoner Berichterstatter der „Ere Nouvelle" Gudenet schreibt über die Konferenz: „Nach einigen Anfangsschwierigkeiten scheint sich alles hier zu bessern. Das wichtigste ist der allgemeine Wunsch, ein Resultat zu erreichen. MacDonald scheint fest entschlossen zu sein, eine endgültige Einigung zu erzielen. Unter diesen Umständen dürften wir Vertrauen haben. Zu erwähnen sind einige Auseinandersetzungen Owen Youngs mit Peretti della Rocca. Der Amerikaner bestritt die Gültigkeit gewisser Stellen des englisch-französischen Abkommens, das in Paris von MacDonald unterzeichnet wurde. Im zweiten Ausschuß gibt es noch kleine Differenzen zwischen Frankreich und Belgien über die Räumung des besetzten Gebietes. Herriot und MacDonald debattieren noch über die Zulassung Deutschlands zur Konferenz. **MacDonald wünscht, daß die Deutschen sofort ohne Bedingungen zugelassen werden. Herriot wünscht die Zulassung mit den Beschränkungen, die in Versailles den deutschen Delegierten auferlegt wurden.** Endlich ist noch die Räumungsfrage von Wichtigkeit. Man hofft zu einer Verständigung zu kommen. Diese Verständigung würde weitere Schwierigkeiten vermeiden. Der allgemeine Eindruck ist, daß die Diskussion viel länger dauern werde, als anfänglich angenommen wurde.

Amerikanische Stimmen gegen die Haltung Frankreichs.

Die Ankunft Hughes in London.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Σ New-York, 19. Juli.

Selbst extrem franzosenfreundliche Organe, wie „New-York Evening Post", sehen sich jetzt in Verlegenheit, Worte der Verteidigung für die unnachgiebige französische Politik zu finden. Das Blatt schreibt, man müsse jetzt die Hoffnung aufgeben, daß die Londoner Konferenz den Dawes-Plan durch einen Beschluß in Kraft setzen werde. Die Flüssigmachung der Anleihe durch Amerika werde solange unmöglich, als man nicht wisse, was in London herauskomme. „Die Hauptsache ist für die europäischen Nationen, zu zeigen, das sie für ein gemeinsames Ziel zusammenarbeiten können. Wenn sie dazu außerstande sind, dann können sie auch keine Hilfe aus Amerika erwarten." Das republikanische Blatt „The Sun" meint, es müßte doch nicht ganz unmöglich sein, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Die Bankiers könnten eine Verpflichtung zur Ausgabe der Anleihe nur dann übernehmen, falls Frankreich **endgültig und unzweideutig zusage, die Wirtschaftseinheit Deutschlands zu einem bestimmten Datum wiederherzustellen.** Gewisse Hoffnungen werden hier auf Staatssekretär Hughes gesetzt, dessen Ankunft in London heute erfolgt. Hughes, so wird in politischen Kreisen erklärt, habe als erster der Dawes-Kommission und dem Dawes-Plan zugestimmt. Sein Ansehen als Staatsmann stehe auf dem Spiel, wenn die Londoner Konferenz ein Mißerfolg werde, abgesehen von dem großen Schaden, den die republikanische Partei im Wahlkampf erlitte, falls die einzige außenpolitische Bemühung mit einer Enttäuschung endete.

Wie die „Associated Preß" aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung keine Kenntnis von der Absicht erhalten, Owen Young zum Generalagenten für die Reparationszahlungen zu ernennen. An hervorragender Stelle sei aber festgestellt worden, daß es der Regierung genehm sein würde, wenn Young dieser Posten angeboten würde und er ihn annehme. In Regierungskreisen sei man der Ansicht, daß Young für diesen Posten sehr geeignet sein würde. Die Wahl eines Amerikaners werde hier ebenso bewertet wie etwa die Wahl eines hervorragenden Amerikaners zum Leiter öffentlicher Unternehmungen durch europäische Staaten. Es sei hervorgehoben worden, daß eine Wahl, was die amerikanische Regierung angehe, keinerlei offizielle Bedeutung haben würde. Wie „Associated Preß" aus Washington meldet, hält Coolidge den Fortschritt der Arbeiten der Londoner Konferenz für befriedigend". Der Präsident habe zwar keine fortlaufenden amtlichen Berichte über die Konferenzsitzungen erhalten, aber über die Berichte dieser die Ansicht geäußert, daß die fortschreitenden Verhandlungen „den Erwartungen voll entsprächen.

(Siehe auch 3. Seite.)

Verewigung der Sanktionspolitik?

Englands veränderte Stellungnahme. — Preisgabe des Standpunktes der Curzon-Note?

Obgleich die Londoner Ausschußverhandlungen über die Sanktionsfrage noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt haben, tritt doch die prinzipielle Stellungnahme der einzelnen Mächte bereits in ihren Umrissen hervor. Sie wird in in dem nachstehenden Artikel kritisch beleuchtet.

Die Redaktion.

M. M.-J. England und Frankreich haben es aus taktischen Gründen für richtig gehalten, nachdem die Besprechungen zwischen Herriot und MacDonald keine wirklich gemeinsame Auffassung zustandegebracht hatten, die Londoner Konferenz zunächst einmal ohne Hinzuziehung Deutschlands tagen zu lassen. Das birgt die große Gefahr in sich, daß die alliierten Mächte in dem Bestreben, einen Ausgleich zu finden, Grundlagen in einer so festen Form vereinbaren, daß es für sie selbst schwer ist, später auch den deutschen rechtlich begründeten Interessen gerecht zu werden. Damit rückt ein neues Diktat, also jene Methode, die MacDonald wie Herriot so grimmig befehdet haben, nicht nur in den Bereich der Möglichkeit, sie ist vielmehr jetzt schon da.

Der springende Punkt der Londoner Verhandlungen ist die Sanktionsfrage. Herriot hat sich in dieser Frage die Hände viel stärker gebunden als klug war. Aber auch MacDonald ist darauf und daran, den Standpunkt, der bisher das A und das O der englischen Politik war, aufzugeben. Dieser Standpunkt ist formuliert in der Note Lord Curzons vom 11. August 1923, in der er Frankreich das Recht, Sanktionen auf eigene Kappe vorzunehmen, mit folgenden Worten bestreitet: „Die höchsten Autoritäten in Großbritannien haben Seiner Majestät Regierung davon unterrichtet, daß die Einwendungen der deutschen Regierung wohl begründet sind (gemeint sind die Einwendungen gegen das Recht zur Besetzung der Ruhr), und Seiner Majestät Regierung hat niemals ihre Ansicht verhehlt, daß die französisch-belgische Aktion der Ruhrbesetzung, ganz abgesehen von der Frage der Zweckmäßigkeit, keine durch den Vertrag selbst gerechtfertigte Sanktion war", und weiter: „nach Ansicht Seiner Majestät Regierung besteht kein rechtmäßiger Anspruch darauf, daß die Maßnahmen, welche die Verbündeten nach Anlage § 18 II bei gewissen Umständen zu ergreifen berechtigt sind, die militärische Besetzung von Gebieten einschließen. Eine solche Besetzung bildet den Gegenstand der besonderen Bestimmungen von Teil XIV des Vertrages, der sich mit den Bürgschaften befaßt. Es handelt sich um das Recht, das linke Rheinufer und die Brückenköpfe zu besetzen, „um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrages sicherzustellen". Obendrein setzt Artikel 430 noch besonders fest, daß, wenn die Reparationskommission findet, daß Deutschland sich weigert, alle oder einen Teil seiner Reparationsverpflichtungen dem Vertrage gemäß zu erfüllen, alle oder einen Teil der besetzten Gebiete, die vielleicht schon geräumt sind, „sofort wieder besetzt" werden. Es würde überflüssig gewesen sein, ausdrücklich im Falle nicht geleisteter Reparationen eine solche Wiederbesetzung vorzusehen, wenn die Verbündeten schon nach einer weiteren Bestimmung des Vertrages ein unbeschränktes Recht hätten, irgendwelche deutschen Gebiete zu besetzen."

Das ist auch der deutsche Standpunkt. Frankreich stützt sich bei der juristischen Rechtfertigung auf § 18 der Anlage II zum Teil VIII, in dem es heißt, daß als Sanktion „wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachtet". Dieser § 18 sollte nach gestrigem englischen Vorschlag durch folgende Worte erweitert werden: „Es sollen keine Maßnahmen ergriffen werden, die eine Einmischung in die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands bedeuten, noch irgendwelche deutschen Gebiete außerhalb der in Artikel 428 bis 432 des gegenwärtigen Vertrages festgesetzten Gebiete besetzt werden, bevor der Generalagent für Reparationen und der Treuhänder für ausländische Schuldverschreibungen zusammen berichtet haben, daß Deutschland offenkundig seine Verpflichtungen nach dem Plan der Sachverständigen oder nach diesem Teil des gegenwärtigen Vertrages nicht erfüllt hat, und bevor ein solcher Verstoß nicht auch von der Reparationskommission festgestellt wird." Das heißt mit anderen Worten: England schaltet außer der Reparationskommission noch zwei andere Instanzen ein, die die Verfehlung feststellen müssen, eine Sicherung, die praktisch natürlich nicht zu unterschätzen ist, aber wenn diese Instanzen die Verfehlung feststellt, dann verzichtet England auf seinen in der Curzon-Note formulierten Rechtsstandpunkt und erklärt jetzt schon seine grundsätzliche Bereitschaft, territoriale Sanktionen über das Rheinlandabkommen hinaus,

gutzuheißen! **Dieser neuen Rechtsauffassung müssen** wir in der schärfsten Form widersprechen. Dazu kommt, daß die englische Formulierung auch die Einstimmigkeit des Beschlusses der Reparationskommission nicht stipuliert. Dast ist eine zweite Konzession an die französische Auffassung, nach der es möglich sein soll, daß eine Regierung allein vorgeht, wenn ein einstimmiger Beschluß nicht zustandekommt. Auch dagegen muß sich Deutschland verwahren.

Auch in der Frage der Zuständigkeit der Reparationskommission ist MacDonald Schritt für Schritt zurückgewichen. Nach den Vereinbarungen von Checquers sollte die Entscheidung über Verfehlungen einem von der Reparationskommission unabhängigen Gremium übertragen werden. Schon in dem Pariser Protokoll hat MacDonald diesen Standpunkt aufgegeben, freilich wohl unter der Voraussetzung, daß ein Amerikaner in die Reparationskommission eintrete. Der Eintritt der Amerikaner hätte das Zahlenverhältnis innerhalb der Kommission, das Frankreich jede Majorisierung gestattet, grundlegend geändert. Immerhin sah es so aus, als ob man in London versuchen werde, auf die ursprüngliche englische These zurückzukommen und sie mit Hilfe der anderen Konferenzteilnehmer durchzusetzen. Demgegenüber scheint Frankreich die Regelung, wie sie im Pariser Protokoll zum Ausdruck kommt, durchgesetzt zu haben. Auch das ist wieder ein Punkt, der sich dem Diktat bedenklich nähert. Durch die Annahme des Dawes-Gutachtens hat Deutschland eine Reihe von Verpflichtungen übernommen, die über den Versailler Vertrag formell und sachlich weit hinausgehen. Die deutsche Regierung hat damit eine Verantwortung übernommen, die wahrhaftig nicht leicht ist, und sie hat damit einen Beweis ihres guten Willens gegeben, dem eine Gegenleistung von der anderen Seite bisher noch nicht gefolgt ist. Mit der Reparationskommission haben wir so trübe Erfahrungen gemacht, daß auch die Hinzuziehung der Amerikaner für uns noch keine genügende Sicherheit bedeutet, wenn es sich um die Erfüllung von freiwillig übernommenen Verpflichtungen handelt, die über den Vertrag von Versailles hinausgehen. Die Reparationskommission ist aber nur zuständig für den Vertrag von Versailles. Wenn die Geldgeber und die Gläubigerstaaten wollen, daß das deutsche Volk die Lasten, die es auf sich genommen hat, um sich zu befreien, abtragen soll, so müssen dafür andere Sicherheiten gegeben werden, die verhindern, daß nicht eine neue Regierung in Frankreich unmögliche Zumutungen an uns stellt. Herriots Regierung ist nicht felsenfest begründet. Es genügt, wenn die beiden Mittelgruppen der republikanischen Sozialisten der Linksradikalen, zusammen 83 Mann, abschwenken, um Poincaré wieder in den Sattel zu heben.

Die größte Gefahr bildet freilich der Weg, auf dem man anscheinend beabsichtigt, diese einstweilen nur von den Alliierten vorgeschlagenen Änderungen einzuführen. Es ist der § 22 der Anlage II zum Reparationskapitel: „Vorbehaltlich der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertages kann diese Anlage durch einstimmigen Beschluß der im Ausschuß vertretenen Regierungen abgeändert werden." Dieser Paragraph hat im Mai 1921 dazu gedient, uns das Londoner Ultimatum aufzuzwingen. Das war schon furchtbar genug. Wollte man uns die von England vorgeschlagene Erweiterung des Artikels 18 auf diesem Wege wiederum aufzwingen, so muß gesagt werden, daß das unmöglich ist, denn es kann nicht der Sinn des Vertrages von Versailles sein, durch diesen Paragraphen jede beliebige Veränderung des Reparationssystems einseitig zu beschließen. Ganz abgesehen von der gegenwärtigen Lage, wäre damit ein Präzedenzfall von ungeheurer Tragweite geschaffen, eine Fessel, von der sich zu befreien man überhaupt keine Möglichkeit sieht, und was die Anwendung im Augenblick betrifft, so hieße das auf einem scheinrechtlichen Wege die Gefahr von Neubesetzungen deutschen Gebietes dauernd zu machen. Wenn die Geldgeber für die deutsche Anleihe Sicherheiten haben wollen, so gebietet es ihr Interesse, diese Hintertüren so zu vermauern, daß sie niemals wieder durchzubrechen ist. Und ebenso ist es ihr Interesse, daß Deutschland so schnell wie möglich, bei dem, was in London verhandelt wird, mitsprechen kann. Schließlich ist es nur die Arbeit des deutschen Volkes, die ihre Ansprüche befriedigen kann.

Die geplante Ernennung Youngs.

Offizielle Stellungnahme des Weißen Hauses.

(Kabeltelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 19. Juli.

In einer offiziellen Aeußerung nimmt das Weiße Haus zu der beabsichtigten Ernennung Youngs zum Reparationsagenten und Schiedsrichter Stellung. Präsident Coolidge, so wurde in Washington erklärt, sei über den bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz befriedigt. Die Ernennung Youngs würde Amerika zu außerordentlicher Genugtuung gereichen, dieses könne zu der Ernennung als solcher jedoch nicht Stellung nehmen, da hierüber die europäischen Regierungen allein zu befinden hatten. Die Wahl eines Amerikaners für dieses wichtige Amt könne hier nicht anders betrachtet werden, als wenn etwa eine große europäische Unternehmung einen amerikanischen Ingenieur oder ein europäisches Krankenhaus einen amerikanischen Arzt beriefe. Amerika könne sich mit der Ernennung Youngs offiziell ebensowenig befassen, wie mit etwaigen anderen derartigen Berufungen. Andererseits bestehe aber auch kein Anlaß, warum Coolidge die Ernennung Youngs nicht begrüßen sollte. Habe doch Young als engster Berater Dawes' die hervorragendsten Dienste geleistet. Coolidge sehe den weiteren Londoner Beratungen zuversichlich entgegen und rechne bestimmt mit günstigem Ergebnis. Diese Erklärung wird in politischen Kreisen als neue Bestätigung der Abstinenzpolitik der gegenwärtigen Regierung in Washington gegenüber den europäischen Angelegenheiten angesehen, wenn es auch andererseits als nicht ausgeschlossen bezeichnet wird, daß die Vereinigten Staaten sich doch noch zu aktivem Eingreifen entschließen, falls keine andere Möglichkeit, den Dawes-Plan zu retten, besteht.

„World" erörtert in einem Leitartikel den Stand der Dinge. Von der Entscheidung, wer die „deutschen Verfehlungen" festzustellen habe, hänge ungeheuer viel für den europäischen Frieden ab. Es wird „gewaltig viel" ausmachen, ob die Frage der Absichtlichkeit oder Unabsichtlichkeit der deutschen Verfehlung vom französischen Auswärtigen Amt oder einem unparteiischen Outsider, etwa einem Amerikaner, entschieden werde, und es werde „gewaltig viel" ausmachen, ob Frankreich dann die Freiheit habe, in Deutschland auf eigene Faust einzubrechen, oder ob es gebunden sei, nur in Uebereinstimmung mit England zu handeln. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gesichtspunkten könne unter Umständen nicht nur der Unterschied zwischen „Sicherheit oder mangelnder Sicherheit" für die Anleihe bedeuten, sondern der Unterschied „zwischen Ordnung und Unordnung, ja man könne sagen, zwischen Frieden und Krieg in Europa".

Ermordung des amerikanischen Konsuls in Teheran.

London, 19. Juli. (W. T. B.)

Reuter meldet aus Teheran, **daß der amerikanische Konsul vom Straßenpöbel getötet worden ist.** (Der Konsul, der ein so schreckliches Ende gefunden hat, ist deutscher Abstammung, er heißt Bernhard Gottlieb. D. Red.)

Ein neuer Streik der englischen Elektrizitätsarbeiter.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 19. Juli.

England wird von einem neuen Streik der Elektrizitätsarbeiter bedroht. Dieser bedroht nicht nur die Lichtversorgung, sondern auch zahlreiche Industrieunternehmungen, die elektrischen Züge, Untergrundbahnen und Straßenbahnen stillzulegen. Gestern fand eine Abstimmung der Elektrizitätsarbeiter in London statt, bei der sich 7630 für den Streik und 5112 gegen den Streik aussprachen. Wie „Westminster Gazette" mitteilt, ist beabsichtigt, den Streik über ga England auszudehnen. Es werden dann nicht weniger 200 000 Elektrizitätsarbeiter in 40 Gewerkschaften in den Str hineingezogen werden. Der Anlaß zu diesem Streik sei die W gerung der Arbeitgeber, den Forderungen der Arbeiter, die eine höhung ihrer Wochenlöhne um 10 Schilling verlangten, nach kommen.

Toller über seine Festungszeit.

Ein Vortrag im Reichstag.

Nachdem der Rechtsausschuß des Reichstags ei Bericht Ernst Tollers über die Zustände in der bayeris Strafanstalt Niederschönenfeld abgelehnt hatte, hatte Toller bereiterklärt, heute vor den Abgeordneten, die ihn hö wollten, näheres mitzuteilen. Der Einladung waren vom Rech ausschuß die sozialistischen und kommunistischen Ab ordneten sowie der demokratische Abgeordne Dr. Heuß gefolgt. Toller vermied es in seinem Vortrage, sich selbst zu sprechen, und berichtete nur über die schwer Leiden, die nach seiner Darstellung die anderen Häftlinge zu dulden hatten. Er wies darauf hin, daß schon bei der Urteilsfäll in München ein erheblicher Unterschied gemacht worl sei zwischen Sozialisten und Kommunisten einers und bayerischen Bauernbündlern anderseits, selbst wenn es sich die gleichen inkriminierten Verbrechen gehandelt habe. In Nied schönenfeld sei dann die Behandlung außerordentlich schr gewesen. Die Hausordnung sei verschärft worden. Man habe fe bei leichteren Vergehen zur Zwangsjacke gegriffen. Auch der übliche Stadurlaub in Fortfall gekommen. Gefangenen, in de Familie ein Todesfall vorgekommen sei, habe man den Urlaub Beerdigung verweigert. Toller bestritt entschieden, daß die Gef genen, denen Liebesgaben zugegangen waren, Orgien gefeiert hätt Die anwesenden Abgeordneten versprachen, die Beschwerden weit zugeben.

*

* Bemerkt zu werden verdient übrigens, daß die „R Fahne" heute von Ernst Toller wegen seines Verhaltens währ der Rätezeit entschieden abrückt. Er habe seinerzeit, als die G schießung der sieben Geiseln bekannt wurde, eine Erklärung öffentlicht, in der er seinen Abscheu gegen die „bestial schen Handlungen" kundgab und habe zwischen sich und Kommunisten einen Trennungsstrich gezogen. Das kommunisti Organ schließt seinen Artikel mit der Bemerkung: „Wenn Tol nicht durch eine gründliche Umstellung seiner Tätigkeit se Fehler und Irrtümer wieder gutmacht, ist seine Rolle für die G schichte der Arbeiterbewegung erledigt."

Die Massenvergiftungen in Görbersdorf.

Ein weiterer Todesfall.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Breslau, 19. Juli.

Zu den Massenerkrankungen in dem Sanatorium Dr. Brehmer in Görbersdorf ist noch zu berichten, daß von den gesamt 238 Erkrankten sich die große Mehrzahl bereits auf Wege zur Besserung befindet und der Kurbetrieb wieder genommen ist. Unter den Erkrankten befanden sich etwa 100 Berliner Kurgäste, die jedoch **alle außer Lebensgefahr** sind. Außer dem schon vor eini Tagen verstorbenen Oberarzt der Anstalt, Dr. Ro ist gestern abend noch der 80jährige Bademeister der Erkrank erlegen. Nach Feststellung des Breslauer staatlichen Medizinalun suchungsamts sind die Vergiftungen auf Bazillen in der G beerspeise zurückzuführen, die so giftig wie die Erreger von Flei und Wurstvergiftungen zu sein scheinen. Ein Verschulden tr demnach die Anstalt nicht. Die Speise wurde erst am Abend v her fertiggestellt und über Nacht im Kühlraum aufbewahrt. M vermutet, daß die Bazillen durch die offenstehenden Fenster e gedrungen sind. Die Speise hat allen Patienten ausgezeichnet schmeckt. Die genaue chemische Untersuchung wird fo geführt.

* Nachdem der Bürgerausschuß von Heidelberg mit 46 Stimm der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums der Kommunisten gegen 32 Stimmen der Demokraten und Soz demokraten den Haushaltsvoranschlag abgelehnt hatte, hat Ob bürgermeister **Dr. Walz** seinen Rücktritt von sei Amt als Oberbürgermeister erklärt.

Bodensee.

Die Wilhelm v. Scholz-Woche.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Engel.

Konstanz, im Juli.

Der Rhein wirbelt fröhlich, wenn er sich bei Konstanz aus dem See wieder zu sich selbst, zu seinem Namen in sein eigenes Bett zurückfindet. Auf der Brücke zu stehen, die ihn heiter überjocht, ist eine glückliche Stunde. In der Tageshelle dieser reinen Luft, oder wenn die verglühende Sonne den noch blassen Vollmond anstrahlt, oder wenn die Sterne im Wasser ihr trunken schwankendes Bild suchen, oder wenn die Menschen nachhelfen und am Ufer und auf den Schiffen die Girlanden der bunten Lampions ziehen: für den aus dem Norden ist es immer Traumland und Traumstunde. Willig ergibt er sich dem Truge, daß alle, die hier leben, glücklich sein müssen. Die Fremden sind es gewiß und wollen es sein, wozu kämen sie sonst her, die Vornehmen im Auto und die anderen auf eisengezackten Sohlen? Und ist es kein Völkergemisch, so ist es doch ein Trachtengemengsel. Es lebe die Individualität, nieder mit der Korrektheit, die alle gleichmacht. Richard Wagnermütze auf den Kopf. Lederhosen um das Gebein, knallrote Strickweste über dem Rücken — aber vorn ist sie wehend offen, damit man ihn sieht, den tapferen Jünglingsbusen. Diese Knaben, ich wette, reiben sich die Brust mit Haarwuchsbeförderungssalben ein, damit sie rauh werde und kühn gelockt, wie Esaus Brust. Und der Regenschirm ist nichts als eine jüdisch-demokratische Erfindung.

Es ist seltsam und es macht nachdenklich, diese ungebundene Jugend zu beobachten, in Konstanz und in allen Bodenseeorten, in denen jede Mauer von Alter und Ueberlieferung spricht, über die neue kurze Kaiserzeit hinaus weit in die Ferne der alten deutschen Kaisertage und in die Sphäre der konservativsten und haltbarsten europäischen Großmacht, der katholischen Kirche. Jede Glocke läutet Gegenwart und Vergangenheit zugleich, in dem wunderschönen, großväterlich duftenden Hotel, in dem ich wohne, hat Barbarossa mit den lombardischen Städten Frieden geschlossen, von dem goldfischfarbenen Meersburger Seewein, den ich trinke, stand vielleicht ein Krug auf dem Tische, im Haus schrägüber wurde der Nürnberger Burggraf mit der Mark belehnt — und damit begann ein Stück Geschichte, dessen Kinder im Glück und Unglück wir alle sind.

Verjährte Schlösser und Klöster, Denkmale von Jahrhunderten überall. So fand ich Meersburg den Rebenhang treppensteil hinansteigend zum strengen Gemäuer vergangener Tage. Mich aber trieb mehr als Wanderlust, mich trieb mein Herz, ich sah das Glaserhäusl, in dem Fritz Mauthner zwölf Jahre gelebt, beglückt durch eine eminente Arbeitsleistung und durch die Liebe seiner Gattin. Ich stand an seinem blühenden Grabe und ich senkte mein Haupt. Ich richtete mich empor, er lebt fort, sein Werk ist die Immortelle dieser Gruft und wirft Saat weithin in die Zeit. Die Universitäten, so lange dieser große Denker lebte, haben sich ihm verschlossen, die ernste wissenschaftliche Jugend findet ihn trotzdem, und jetzt besteht die Hoffnung, daß die Erlanger Hochschule sein Heim als Mauthner-Haus und als Stätte der Forschung dauernd in Obhut nimmt. Mauthner ist mehr als „modern", die Droste-Hülshoff ist es auch, Meßmer ist es jetzt sehr: welch' eine Dreiheit, nahe beieinander gebettet hoch oben, hier in diesem Hain der großen Ruhe . . .

Friedrichshafen, nicht weit von Meersburg, eine Ueberraschung. War und ist es nicht nur eine hämmernde Werkstatt, in der die Riesenvögel erzeugt werden? Es ist mehr. Es ist eine ehrenfeste, saubere, gutmütige Stadt, von hoher Klosterkirche bewacht, durch Schloß und Park und springenden Brunnen zur Sommerresidenz geworden — und am Ufer des Sees große Kurhotels mit Terrassengärten zur Strandpromenade wie auf der Mainau, schimmert es von südlichem Gewächs in den Anlagen, dieser feine blige Lack auf den Blättern, dieser liebliche hautgout im Duft der Gebüsche. Und dort ist der Jachthafen. Sie liegen heute ruhig, die Fische aus Mahagoni und anderem Edelholz, vorsichtig eingedeckt wie die Möbel in der guten Stube, aber wenn die Segel hochgehen, wenn die Motoren summen! Friedrichshafen ist, soweit ich sehe, der „modernste" Ort am Bodensee. So ein Stück Riviera, so ein kleines Nizza.

Der Dampfer, er heißt noch immer „König Wilhelm", schäumt durch die grüne Glätte des Sees, der Münsterturm von Konstanz taucht wieder auf, ein großer Rundblick tut sich auf, man sieht nicht, aber man fühlt den ganzen See mit seiner Natur, seiner Geschichte und seinem vielfältig lockenden Reiz. Hier ist Leben; hier ist, wenn sie gesucht wird, auch Einsamkeit. Hier ist Stätte, wo Kunst werden und ausreifen kann. Junge Maler und Bildhauer von der „Richtung" nicht allzusehr eingezwängt, aber belebt vom Vorwärtsdrang der Zeit, treiben ihr frisches Wesen, ich sah eine kleine, feine Ausstellung der „Maler am See", und die Literatur hat ihre Schreibstuben hierhergestellt. Es sitzen ihrer viele, träumend und dichtend, am See und in seinem Hinterland. Emanuel v. Bodman haust auf der Schweizer Seite, Wilhelm Schäfer, echter „Erzähler", sucht und findet in diesen Geländen Stoff, und im bunten, behaglichen Schreiberhäusle wohnt Alice Berend, eine von unseren besten. Ein neues Werk, von dem ich noch nichts verraten will, blühend hinter noch als ihre bisherigen, wächst ihr zu, und ihr Gatte John Jönsson zeigt in Wort und Schrift kritische und gestaltende Befähigung. N andere Namen von Vollklang oder Halbklang: Carl Sternhe Norbert Jaques, Emil Strauß, Ludwig Finckh, Alexander v. Gleich Rudolf wurm. Ob sie, unter der gemeinsamen Flagge des Bod sees, alle einander stürmisch lieben, vermag ich nicht zu sagen.

Im Seeheim aber, dem schönen Herrensitz, den der Staatsmini sich erbaut, zwischen Wasser und Wald, im Hell- und Dunkelgrü residiert sein Sohn, Wilhelm v. Scholz. Man muß sagen: ist gut dichten. Es wurde jüngst schon an seinen fünfzigsten Gebu tag erinnert an das, was er geschaffen und was er bedeutet. dieser Woche war er, vielleicht nicht ganz unbestritten, der Kö von Konstanz. Selbst der Reichspräsident beglückwünsche diesen S verän. Musik erklang, Reden erschollen, Weinpokale klirrten an ander, schöne Frauen, kluge Männer umringten den Herrscher, den Schaufenstern hing sein Porträt, der Bildhauer Fehrle h eine ausgezeichnete Büste geschaffen, die Zuckerbäcker bildeten Bücher des Dichters in Marzipan nach, eine Straße wurde nach benannt, er selbst beschenkte das Archiv der Stadt Konstanz mit Urschrift des „Juden von Konstanz" — nun ihr wißt ja, wie be sich vollzieht. Es war ein bißchen viel, aber es war hübsch a war bestens geordnet von der Hand des Oberbürgermeisters Mörike aus dem Stamm jener Mörike, welche dichten, wenn lieben. Sehr ernst zu nehmen war die Festrede des Heidelber Literaturkenners R. K. Goldschmit. Er sagte Bezeichnendes, o einen Kniefall zu tun, er deckte das Wesen des Gefeierten in kl Worten auf.

Ihre Werke Wilhelms v. Scholz wurden aufgeführt; die Sch spieler der Nürnberger Kammerspiele unter Dr. Willi Meyer und Karlsruher Staatstheaters unter Felix Baumbach halfen mit viel guten, zum Teil beträchtlichen Darstellern. Eine Frankfurter Kü lerin, die nach Berlin kommt, Leontine Sagan, vom Aussehen el eine jüngere Triesch, zeigte sich im „Wettlauf mit dem Schatten", dem Scholz selber mitwirkend den Ideengang lebendig verkündete, neben dem vornehm zeichnenden Herrn Wagner. Man achte auf Sie ist fühlende und gestaltende Herrin vieler Kräfte, zarter und fesselter. Die Stücke selbst sind alle bekannt, aus dem Buch oder der Bühne her; ein neues Werk, „Die gläserne Frau", werden in den Kammerspielen in Berlin kennenlernen. Das eine, „M Fürst", ist sehr alt, es stammt aus dem Jahre 1899 und ist darum bemerkenswert. In ungeduldigem Pathos ruft es einem Fürsten zu, lebendigen Ströme der Zeit zu beachten und zu leiten, ehe sie ihn v schlingen. Diese Mahnung ist, gleich anderen, überhört worden. „Herzwunder" ist der Mystiker Scholz ganz katholisch. Das Sp Stück hat reinen Klang, aber es ist etwas bequem, indem es Marienwunder mehr als Tatsache für gläubige Gemüter, denn Symbol für seelische Wandlungen verwertet. Den „Wettlauf mit d

Völkische Anträge im bayrischen Landtag.

Grundsätzliche Zustimmung der Deutschnationalen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 19. Juli.

Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags kam heute der völkische Antrag auf Ausschluß der Juden aus den öffentlichen Aemtern zur Beratung. Im einzelnen fordert der Antrag: Angehörigen der jüdischen Rasse dürfen Namensänderungen nicht mehr gestattet werden. Es ist festzustellen, wie viel Juden im Staatsdienst beschäftigt sind und ihr Judentum in den Beamtenlisten ist besonders zu vermerken. Die Zahl der jüdischen Studenten ist zu kontingentieren. Ausländische Juden sind an Hochschulen nicht mehr zuzulassen. Ebenso sind jüdische Hochschullehrer nicht mehr zu dulden. Juden dürfen im Staatsdienst nicht mehr angestellt werden.

Der Erwerb von Grund und Boden ist gegen Rassenfremde sicherzustellen. Die seit 1914 eingewanderten Juden sind auszuweisen und ihr Vermögen ist zu beschlagnahmen, soweit es ihren Besitz bei der Einwanderung übersteigt. Der deutschnationale Fraktionsführer, Dr. Hilpert, erklärte die grundsätzliche Zustimmung seiner Partei zu dem antisemitischen Vorstoß, verlangte aber genaue Definition des Begriffs „Jüdische Rasse". Der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Dr. Wohlgemuth, übernahm diese letztere Bedingung und machte darauf aufmerksam, daß der völkische Antrag eine Aenderung der Reichsverfassung bedinge und deshalb den Reichstag anginge. Die Beschlußfassung wurde darauf auf die nächste Sitzung verschoben. Der Verfassungsausschuß nahm weiter den Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Erweiterung von Verfassungsänderungen mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen, des Bauernbundes und des einen Zentrumsabgeordneten für seine Person an.

Der völkische Abgeordnete Streicher, Nürnberg, sollte sich vor dem Schöffengericht Würzburg wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verantworten. Da Streicher jedoch zur Verhandlung nicht erschienen war, so mußte sie ausfallen.

Amerikanischer Besuch bei Dr. Held.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 19. Juli.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held empfing heute den dieser Tage aus New-York eingetroffenen Großfinanzier Strauß, der zu den bekanntesten und einflußreichsten Persönlichkeiten Amerikas gehört und sich um die Idee und praktische Durchführung der amerikanischen Kinderhilfe für Deutschland außerordentliche Verdienste erworben hat. Der Besuch galt zunächst Fragen der internationalen Kinderhilfe, und ferner neuen wirtschaftlichen Plänen großzügigster Art, deren praktische Möglichkeiten Strauß an Ort und Stelle kennenzulernen wünscht.

---

* **Wilhelm II. und Erzherzog Friedrich.** Bereits in unserer Freitagsnummer haben wir zu den Presseäußerungen über die Erzählung Stellung genommen, die unser Belgrader Korrespondent Perkes in seinem Artikel über Hochwasserfahrten in Südslawien nach den Angaben dortiger deutscher Bauern wiedergegeben hatte. (Nr. 324 vom 10. Juli.) Wir haben schon neulich keinen Zweifel daran gelassen, daß es sich nach unserer Auffassung lediglich um eine schrzhafte Bemerkung der Bauern über das Naturspiel handeln könne, durch das dem Erzherzog Friedrich zu seinen fünf Mädchen ein Junge und Kaiser Wilhelm zu seinen fünf Jungen ein Mädchen geboren wurde. Nach dem uns aber von der Vertretung des vormaligen preußischen Königshauses mitgeteilt worden ist, daß die Erzählung unseres Korrespondenten in weitesten Kreisen als Ehrenkränkung der verstorbenen Kaiserin aufgefaßt werde, nehmen wir keinen Anstad, nochmals zu erklären, daß es uns und unserem Korrespondenten selbstverständlich nicht in den Sinn gekommen ist, durch die Wiedergabe seiner Unterhaltung mit den deutschen Bauern auch nur den Anschein zu erwecken, als werde dem kaiserlichen und dem erzherzoglichen Ehepaar ernsthaft ein „Wechsel der Frauen" nachgesagt. Wir bedauern, daß die von unserem Korrespondenten gewählte Fassung zu der uns gänzlich fernliegenden Auslegung geführt hat, es sei der durch ihre strenge moralische Lebensauffassung bekannten Kaiserin und ihrem Gemahl, auch nur der Schatten eines sittlichen Vorwurfes gemacht worden.

Schatten" haben wir oft gesehen; eine innerlich fühle, aber sehr wirksam komponierte Studie über die Sehergabe des schöpferischen Menschen. Scholz ist hier in dem Element, in dem er sich von jeher und jetzt besonders wohlfühlt: Enträtselung des Schicksals. Ich sage noch einmal, der Poet darf alles, was er kann; der Forscher muß beweisen, und er wird es nicht können.

Auch der „Jude von Konstanz" ist Frühwerk. Das Drama ist schablonenmäßig in einer noch nicht ganz geebneten Sprache geschrieben, und der starke Schluß ist ungenügend motiviert. Aber der Toleranzgedanke, wahrnehmbar und liebenswert im gesamten Schaffen dieses Mannes, tönt edel empor, und das Problem, die Heimatlosigkeit des getauften Juden, ist sehr interessant.

Diese Dichtung wurde freilichtig aufgeführt, auf dem Münsterplatz, neben den ehrwürdigen Gewölben, unter Blätterdach, auf breitem, allzubreitem Naturpodium. Es war schön, man dachte an die alten Bürgerspiele. Ich meine nicht die Pogrome, von denen, wie das Stück selber erhärtet, die Geschichte der Stadt Konstanz mehrfach zu erzählen hat. Man kann es heute kaum mehr glauben. Die Konstanzer schlagen niemanden mehr tot, sie schwärmen für Konzert und Seebeleuchtung, und sie teilen die Bodenseefischen, diese lieben, mit brauner Butter vermählten Fische, neidlos mit jedermann.

---

* **Professor Mogks 70. Geburtstag.** Der Ordinarius der nordgermanischen Philologie in Leipzig Professor Dr. phil. Eugen Mogk vollendet am 19. Juli sein 70. Lebensjahr. In zahlreichen Abhandlungen und durch versöhnliche Wirksamkeit hat er die geistigen Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und den nordgermanischen Ländern gepflegt. Die nach dem Kriege von ihm mitbegründete Deutsch-schwedische Gesellschaft in Leipzig dient besonders der Pflege kultureller Beziehungen. Dem Jubilar wird eine Festschrift überreicht werden, die von seinen Freunden und ehemaligen Schülern herausgegeben ist.

L. H. Toller im Residenztheater. Es handelte sich gestern nicht um das tragische Spiel eines leidenschaftlichen Dichters, sondern um diesen Dichter Ernst Toller selbst. Es handelte sich darum, daß Toller nach fünf Jahren Krieg und fünf Jahren Gefangenschaft entlassen worden ist. Man feierte ihn und rief ihn unzählige Male vor die Rampe. Toller dankte und erinnerte an seine Mitgefangenen und nicht Mitbefreiten.

* **Eine neue Theatergemeinde.** In Kiel wurde eine Theatergemeinde begründet, die sich über die ganze Provinz Schleswig-Holstein erstrecken soll. Aufgabe der Organisation ist, dem künstlerischen Theater ein festes Publikum zu gewinnen. Dem Vorstande der Theatergemeinde gehören u. a. Prof. Eugen Wolff, der Literarhistoriker der Universität, Mitglieder des Magistrats und der Presse an.

Das französisch-belgische Memorandum.

Die Arbeiten der drei Ausschüsse.

Der Vorschlag Young-Peretti. — Verzicht Snowdens auf das „Vetorecht" des Generalagenten und Festhalten Frankreichs an dem Recht zu selbständigem Vorgehen. — Die "Demobilisierung in Abteilungen".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 19. Juli.

Die Arbeiten der drei Ausschüsse haben auch den gestrigen Tag ausgefüllt, wobei im allgemeinen angenommen wird, daß gute Fortschritte erzielt wurden. Wenn man den Aufgabenkreis des ersten Ausschusses in zwei Teile zerlegt, nämlich die Hinzuziehung eines amerikanischen Bürgers zur Reparationskommission und die Sanktionen im Falle festgestellter deutscher Verfehlungen, so dürfte ersterer keine großen Schwierigkeiten bereiten. Die englischen und französischen Ausschußmitglieder sind über den Zusatzparagraphen, durch den der Beitritt eines amerikanischen Bürgers zur Reparationskommission legalisiert wird, ungefähr einig. Die eigentlichen Schwierigkeiten, die dieser Ausschuß zu überwinden hat, liegen in der Sanktionsfrage. Hier haben die Amerikaner, wie gemeldet, einen Vermittlungsversuch zwischen der französischen und englischen Ansicht unternommen. Der amerikanische Vorschlag, der von Owen Young stammen soll, bewegt sich nach dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" auf folgender Linie:

1. Die alliierten Mächte versprechen feierlich, sich aller solcher Sanktionen zu enthalten, die durch Eingriffe in das Wirtschaftsleben des Reiches die Interessen der Geldgeber und die Zinsen der Anleihe beeinträchtigen könnten.

2. Im Falle, daß Sanktionen angewandt werden, versprechen die Alliierten, den Zinsendienst der Anleihe, abgesehen von der auf den gesamten Einnahmequellen des Reiches ruhenden Hypothek, durch die Ergebnisse der Sanktionen sicher zu stellen.

3. Diese Sanktionen müssen mit den diesbezüglichen Empfehlungen des Dawes-Berichts übereinstimmen.

4. **Die Rechte der verschiedenen Mächte aus dem Friedensvertrag bleiben erhalten.**

Peretti della Rocca hat hierauf neue Kompromißvorschläge ausgearbeitet, welchen auch Frankreich zustimme. Hiernach sollen die Alliierten im Falle festgestellter deutscher Verfehlungen die Art dieser Sanktionen festsetzen, und zwar so, daß diese rasch und wirksam sind. Dann aber heißt es, daß die Alliierten im Falle der Anwendung von Sanktionen dem Zinsendienst der Anleihe eine erste Hypothek über diejenigen deutschen Einnahmequellen, die in ihrem Besitz sind, oder unter ihre Kontrolle fallen, zugestehen. Ferner behalten sich die Vertragsmächte alle ihre Rechte aus dem Versailler Vertrag vor. In der darauffolgenden Besprechung, die noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt hat, soll der Vorschlag, die Ergebnisse etwaiger Sanktionen zunächst für den Zinsendienst der Anleihe zu verwenden, nicht ungünstig aufgenommen worden sein. Dagegen erhoben sich Schwierigkeiten wegen der Bestimmung, daß die Vertragsmächte ihre Rechte auf den Versailler Vertrag aufrecht erhielten. Denn zu diesen **Rechten des Versailler Vertrags gehört nach französischer Auffassung auch das Recht, unabhängig von den Alliierten** Sanktionen zu ergreifen. Hierauf scheinen die Franzosen allerdings mit Nachdruck zu bestehen. Dagegen hat Frankreich die Forderung, die Art der Sanktionen, die im Falle deutscher Verfehlungen zur Anwendung gelangen würden, schon im voraus zu bestimmen, fallen gelassen. Leider scheint aber auch der Schatzkanzler Snowden eine **wesentliche Konzession an den französischen Standpunkt** gemacht zu haben. In der gestern bekanntgewordenen Fassung der neuen Vertragsparagraphen hatte nämlich Snowden dem Generalagenten für Reparationen ein Vetorecht gegen etwaige Sanktionen und besonders gegen Erweiterung der Besetzung deutschen Gebietes zugestanden. **Diese Sicherung der Anleihezeichner, die man in hiesigen Citykreisen für sehr wichtig hielt, hat Snowden, wie verlautet, aufgeben müssen.** Zusammenfassend läßt sich also über die Arbeit des ersten Ausschusses folgendes sagen: Einigkeit über die Berufung eines Amerikaners, die Bereitwilligkeit Frankreichs, der deutschen Anleihe Priorität zuzugestehen. Verzicht Frankreichs, den Charakter künftiger Sanktionen im voraus festsetzen zu lassen, **Festhalten Frankreichs an dem Recht des selbständigen Vorgehens, Beseitigung des Vetorechts des Reparationsagenten.**

Der Erste Ausschuß tritt heute wieder zusammen. Was die Arbeiten des Zweiten Ausschusses betrifft, der die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftl. Einheit zu prüfen hat, so bestätigt sich, daß der gestrige Tag hauptsächlich den Verhandlungen zwischen Belgiern und Franzosen über die Räumung des Ruhrgebietes gewidmet war. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde gestern ein **französisch-belgisches Memorandum** anstelle des bisherigen Seydoux'schen Memorandums fertiggestellt. Ueber den Inhalt des Memorandums macht der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" Mitteilungen, wobei er von dem weitgehenden Entgegenkommen besonders der militärischen Sachverständigen spricht: „Es ist eine Demobilisierung in Abteilungen vorgesehen. (Vergleiche das Pariser Telegramm.) Sobald Deutschland die zur Durchführung des Dawesberichtes notwendige Gesetzgebung erlassen hat, wird die künstliche Zollbarriere zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland einschließlich des Lizenzsystems für Ein- und Ausfuhr beseitigt. Die im besetzten Gebiet eingeführten Steuern und sonstigen Abgaben werden den Abgaben im unbesetzten Gebiet angepaßt werden. Die von den Besatzungsmächten eingeführte Kohlensteuer würde sofort verschwinden. Immerhin soll den Alliierten das Recht zustehen, die auf diese Weise eingeführten Steuern und Abgaben zu erheben und einem besonderen Reservefonds zuzuführen, der der ersten Jahreszahlung zugute kommen soll. Wenn außer der Einführung der fraglichen deutschen Gesetze noch vier andere Bedingungen der Reparationskommission erfüllt sind, so werden Frankreich und Belgien ihre wirtschaftlichen Pfänder vollkommen aufgeben und zwar nach etwa 20 Tagen. Die Gesamtliquidation des französisch-belgischen Regimes wird etwa 3 Monate dauern. **Ein Vorbehalt wurde jedoch bezüglich der Eisenbahnregie gemacht,** die nicht aufgegeben werden kann, bevor nicht die Eisenbahngesellschaft regelmäßig eingesetzt und ihre Schuldverschreibungen ausgegeben worden sind. Außerdem werden die Alliierten **auf den strategischen Linien Trier—Koblenz und Aachen—Wesel einen Stamm von französischen und belgischen Eisenbahnbeamten zurücklassen** und zwar 3000 Franzosen und 1000 Belgier, die die Eisenbahn im Falle eines deutschen Eisenbahnerstreiks übernehmen. Diese Maßnahme ist für die Sicherheit der linksrheinischen Besatzungsarmee erforderlich, während die rechtsrheinische Besatzungsarmee im Notfalle durch Automobile verproviantiert werden könne. Die französisch-belgischen Eisenbahnbeamten werden als regelrecht deutsche Eisenbahnbeamte bezahlt und werden dem deutschen Generaldirektor unterstehen, den freilich ein alliierter Kommissar beigegeben wird." Dieser Vorschlag, der nach dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" die „Einheit der deutschen Reichsbahn nicht gefährden könne", habe auch die Billigung des Generals Nollet gefunden. Zusammenfassend ist also zu den Arbeiten des Zweiten Ausschusses zu sagen, daß ein neues französisch-belgisches von Seydoux und Hannecart verfaßtes Memorandum vorliegt, das eine stufenweise wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes vorsieht. Große Schwierigkeit bildet das Problem der Eisenbahnregie. Man erwartet, daß der Ausschuß heute morgen zusammentritt.

Was schließlich die Arbeiten des Dritten Ausschusses betrifft, der die Verwendung der deutschen Reparationszahlungen zu prüfen hat, so lehnt der Ausschuß die Bildung einer internationalen Körperschaft, die die Regierungen bei der Verwendung der deutschen Reparationszahlungen zu beraten hat, ab. Vielmehr hält der Ausschuß es für nützlicher, zu diesem Zweck nationale Organisationen zu schaffen, die über die jeweiligen Erfordernisse der einzelnen Länder besser unterrichtet seien. Auch die Micumverträge seien nach dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" zur Sprache gekommen. Der Korrespondent erwähnt sodann, daß man bald zu der Frage des Ueberleitungsausschusses kommen werde. Der Vorschlag, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und dem Ueberleitungsausschuß durch einen Schiedsrichter zu entscheiden, würde dann wahrscheinlich dahin ergänzt werden, daß auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ueberleitungsausschuß und den Alliierten einen Schiedsrichter nötig würden, denn die Franzosen befürchten, „daß der Ueberleitungsausschuß die deutschen Zahlungen an Frankreich einschränken könnte, um die deutsche Valuta und den deutschen Kredit zu retten, und daß er hierdurch die französische Valuta und den französischen Kredit gefährden könne."

Die Frage der Teilnahme der Dominions an der Konferenz ist endlich gelöst worden. Die Vertreter der Dominions können abwechselnd Mitglied der englischen Delegation werden, wobei Sorge dafür getragen ist, daß auch diejenigen Vertreter der Dominions, die nicht an der Reihe sind, den Verhandlungen der Konferenz beiwohnen können.

Auf der Reise.

Von [Nachdruck verboten.]

Ossip Kalenter.

O Einsamkeit! Ich sitze im Hotel.
Die Lichter brennen, aber du bist fern.
Das Silber klirrt, das Porzellan, und schnell
Beschwingte Kellner lächeln subaltern.

O Einsamkeit! Es schlägt mein heißes Herz.
Im Fenster steht Laterne, Mond und Stern.
Musik spielt auf. Es reiht sich Terz an Terz.
Ich sitze im Hotel, doch du bist fern.

---

* **Ein Kritiker-Protest.** Die Vereinigung der Hamburger Schauspiel-Kritiker lehnte die Besprechung der „Postlagerkarte 51" und der „Wettgeheimnisse" im Hamburger Kleinen Lustspielhause ab. Nachdem Stücke ähnlicher Art schon im Komödienhause und Karl-Schulze-Theater gespielt worden sind, hält es die Vereinigung für mit Recht und Würde der Kritik unvereinbar, über Aufführungen zu berichten, die weder mit Kunst, noch mit gepflegter Unterhaltung etwas zu tun haben, sondern nur die Absicht verfolgen, in unsauberer Weise das Reich des Eros für Spekulationszwecke zu mißbrauchen.

* **Die Villa Carlotta.** An dem schattigen Uferweg von Tremezzo nach Cadenabbia am Comersee liegt die berühmte Villa Carlotta. Sie war deutscher Besitz. Nun hat auf dem Wege der Sequestration im Kriege die italienische Regierung die Villa übernommen. Leider aber geht sie noch weiter. Sie will die schönsten Dinge aus dem Marmorsaale der Villa nach Rom bringen lassen, vor allem das berühmte Relief Thorwaldsens, Alexanders Einzug in Babylon. Gegen diese Zerstörung des Kunstbesitzes der herrlichen Villa regt sich überall in kunstfreundlichen Kreisen scharfer Protest.

* **Der Düsseldorfer Kunstpalast.** Die Nachricht, die Franzosen hätten in dem Augenblick, als die Düsseldorfer Kunstausstellung in Köln fertiggestellt war und eröffnet werden sollte, den beschlagnahmten Düsseldorfer Kunstpalast wieder geräumt, ist nur insofern richtig, als einige Räume nicht vollbelegt sind, aber für Ausstellungszwecke ganz und gar nicht in Frage kommen. An eine Räumung des Kunstpalastes ist einstweilen gar nicht zu denken.

* **Jubiläum einer Zeitung.** Das „Echo der Gegenwart" in Aachen feierte das Jubiläum seines 75-jährigen Bestehens. Der Mitinhaber des Blattes, Rodrigo Meyers, der trotz seines Alter noch im Unternehmen tätig ist, wurde Ehrenmitglied des Vorstandes des Vereins Rheinischer Zeitungsverleger.

Die Wahlausschreitungen in Fürstenwalde.

Studienrat Mellenthin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein durch die Persönlichkeit des Angeklagten interessanter Prozeß fand vor der Strafkammer des erweiterten Schöffengerichts in Fürstenwalde statt. Wegen schwerer Körperverletzung hatte sich hier der Studienrat Mellenthin vor Gericht zu verantworten. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, am Wahltage den Studiendirektor Schreiner, der sich vom Wahlbureau nach seiner Wohnung begeben wollte, unterwegs hinterrücks überfallen und durch Fußtritte und Faustschläge körperlich schwer mißhandelt zu haben. Schreiner trug mehrere Knochenbrüche davon und mußte längere Zeit im Krankenhaus liegen. Die gestrige Verhandlung erwies im vollen Umfange die Schuld Mellenthins. Der Staatsanwalt beantragte nach längeren Ausführungen gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren. Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht den Studienrat Mellenthin wegen schwerer Körperverletzung zu zwei Jahren Gefängnis.

---

* Wie der „Vorwärts" berichtet, tritt die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion** Montag nachmittag, 3 Uhr, zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Der Fraktionsvorstand tagt bereits vormittags um 10 Uhr.

Der „Schrecken der Güterbahnhöfe".

Eine dreizehnköpfige Diebesbande vor Gericht.

Wegen schwerer Bandendiebstähle und Hehlerei hatten sich heute vor der Strafkammer des erweiterten Schöffengerichts Charlottenburg der Arbeiter August Köhler, der Händler Pernaß, der Arbeiter Kussatz, Georg Grumbrecht, der Tischler Strahl, der Fuhrmann Franz Weiß, der Kohlenhändler Karl Grassow, der Glasarbeiter Erich Prauß, der Restaurateur Höhns, der Stellmacher Max Hartmann, der Kellner Hans Harder, der Polier Wittenberg und der Dentist Splettstößer zu verantworten. Ein großer Teil der Angeklagten ist aus der Untersuchungshaft vorgeführt worden. Im Gericht selbst sorgte ein großes Aufgebot von Beamten der Schutzpolizei für Ordnung und Sicherheit. Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest, daß mehrere wichtige Zeugen zu der Verhandlung nicht erschienen sind. Die als Zeugen anwesenden Polizeibeamten teilten daraufhin mit, daß sich diese „Entlastungszeugen" bereits wegen anderer Straftaten im Untersuchungsgefängnis befinden. Das Gericht beschloß, die Zeugen vorführen zu lassen.

Der größte Tiel der Angeklagten ist erheblich vorbestraft. Es wird ihnen zur Last gelegt, umfangreiche Bandendiebstähle auf den Berliner Güterbahnhöfen ausgeführt zu haben, indem sie die Güterwagen zur Nachtzeit erbrachen und ihrer Sendung beraubten. Die Diebstähle nahmen einen derartig großen Umfang an, daß die Bande schließlich der Schrecken der Güterbahnhöfe wurde, bis sie eines Tages eine besondere Streife der Kriminalpolizei unschädlich machte. Auf dem Schlesischen und Lehrter Güterbahnhof fielen den Dieben ganze Waggonladungen Roggen und Hafer in die Hände. Auf dem Nordbahnhof in der Eberswalder Straße stahlen sie einen Waggon Eier, während sie auf dem Güterbahnhof Charlottenburg aus einem Waggon Motorräder, Teppiche und andere Wertgegenstände geraubt haben.

Vorläufig keine Brotpreiserhöhung.

Verhandlungen mit den Behörden.

Zu den heute in Berlin verbreiteten Meldungen, daß auf Grund von Beschlüssen der Berliner Bäckermeister am kommenden Montag eine etwa 12prozentige Brotpreiserhöhung in Kraft träte, wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Am letzten Donnerstag sind die Vertreter der Bäckermeisterorganisationen bei den Kommunalbehörden, den Preisprüfungsstellen usw. vorstellig geworden, und haben auf die Gefahren hingewiesen, die mit der ständigen Steigerung der Mehlpreise verbunden seien. Die Bäckermeister haben dabei betont, daß bei einem weiteren Steigen der Mehlpreise es ihnen unmöglich gemacht würde, das Brot zu dem heutigen Preise herzustellen. Irgendwelche Beschlüsse wurden in diesen Besprechungen nicht gefaßt. Es bleibt also bis auf weiteres bei dem bisherigen Brotpreis und Teiggewicht.

Unwetter an der holländischen Küste.

Zahlreiche Schiffe gestrandet. — Zwanz'g Todesopfer.

Amsterdam, 19. Juli. (W. T. B.)

Ein heftiger Weststurm auf der Schelde richtete großes Unheil an. Heute früh kehrten elf Fischerboote aus Armemuiden und aus Vlissingen zurück, die voll Wasser gelaufen waren. Die Satzungen berichten, daß die Fischerflotte heute früh um 7½ Uhr von einer heftigen Sturmboe überrascht wurde, und daß vier Fischerboote untergegangen sind. Zwanzig Personen haben dabei den Tod gefunden. Das Torpedoboot „Z. 4" erhielt radiotelegraphischen Befehl, zu Hilfe zu eilen. Es wird vermutet, daß noch weitere Boote, die bisher nicht zurückgekehrt sind, untergegangen sind. Auch aus anderen Küstenorten werden zahlreiche Strandungen gemeldet. Der belgische Schlepper „Lilly" ist auf dem Wege von Antwerpen nach Düsseldorf bei Valkenisse gesunken.

* Das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers **Dr. Luther** als Oberbürgermeister von Essen ist in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung angenommen worden. Die Stadtverordneten widmeten dem Scheidenden Oberbürgermeister Worte herzlichsten Dankes für seine Tätigkeit in der Stadtverwaltung.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Noch ziemlich kühl und veränderlich, einzelne kurze Regenschauer nicht ausgeschlossen.

Handel und Verkehr.

Die Verlustbilanz der Wiener Börse

Das Jahr 1873 noch übertroffen. — Zwanzigmal so viel Insolvenzen in der Geschäftswelt wie 1922. — Die Gold- und Kreditnot.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Die rückläufige Bewegung, die dem Volksvermögen Oesterreichs so viel Abbruch getan, hat nicht erst mit dem neuen Jahre angefangen, ihr Beginn fällt schon in den Frühherbst des vorigen Jahres. Wollte man mit dem Höchststande der Papiere im August 1923 einen Vergleich ziehen, so würde eine noch viel empfindlichere, einschneidendere Einbusse von jedermann, der Aktien besitzt, zu beklagen sein, aber da die meisten ihre Effekten doch nicht zu den höchsten Kursen erworben haben, entgangener Gewinn bei nicht rechtzeitiger Veräusserung nicht so in die Wagschale fällt, wie wirklicher, die Existenz bedrohender Verlust, so sei hier nur ein Bild der tristen Lage entworfen, die seit Neujahr sich herausgebildet hat. Weder die Grossen, noch die Kleinen, weder die hohe Finanz, noch die berufsmässige und nicht berufsmässige Börsenspekulation waren auf eine solche Wendung der Dinge vorbereitet. Allgemein war die Ansicht verbreitet, es gebe nicht wie im Krachjahre 1873 Nonvaleurs, die zum Werte von Makulaturpapier herabgedrückt werden könnten, es habe keine schwindelhaften Gründungen, auch keine die Existenz irgendeiner Unternehmung gefährdenden Verpflichtungen gegeben. Leider hat es sich, als die Börsenlage kritisch wurde, sofort gezeigt, dass weit mehr lebensunfähige, nur bei endloser Fortdauer einer Hochkonjunktur aufrecht zu erhaltende Banken und Industriegesellschaften in die Welt gesetzt worden sind, als selbst in der Periode des berüchtigten „finanziellen Aufschwunges", die dem 1873er Krach vorausgegangen ist. Und Nonvaleurs sind sogar Aktien solcher Gesellschaften geworden, die, wie die Depositenbank und die Lombard- und Eskomptbank, jahrzehntelang für unzweifelhaft solid und gut fundiert gegolten hatten.

Man kann ohne Uebertreibung sagen, dass durch die seit Jahresbeginn eingetretenen Kursverluste Zweidrittel des in Aktien investierten Vermögens weggeschwemmt worden sind. Einige Stichproben mögen genügen, um zu zeigen, dass selbst die Aktien der akkreditiertesten Gesellschaften mehr als die Haute ihres am 1. Januar d. J. verzeichneten Kursstandes eingebüsst haben. So sind Kreditaktien von 352 000 auf 145 000, Bankverein von 247 000 auf 112 000, Unionbank von 364 000 auf 138 000, Kruppaktien von 507 000 auf 156 000, die Aktien der Allgemeinen österreichischen Baugesellschaft von 770 000 auf 200 000, Karpathen-Petroleumaktien von 586 000 auf 170 000 zurückgegangen. Besser hielten sich Staatsbahnaktien (Franzosen), sie sind aber auch auf ein, wenn auch nicht die Hälfte ihres zu Jahresbeginn notierten Börsenwertes erreichendes, so doch auch auf ein erheblich niedrigeres Niveau, nämlich von 885 000 auf 460 000, herabgesunken Lombarden fielen von 207 000 auf 52 000, also auf den vierten Teil. Depositenbankaktien (heute wertlos) standen am 1. Januar noch 92 000, Leombard- und Escomptebankaktien (jetzt ebenfalls wertlos) hatten einen Kurs von 56 000. Das ist noch lange nicht das Gesamtresultat, denn die Aktien der meisten in den letzten Jahren neugegründeten und auch von vielen älteren Gesellschaften sind im Kursblatte nicht enthalten, haben aber doch auch der Krise ihren Tribut zollen müssen. Dem so verlustreichen Börsenniedergange reiht sich, förmlich automatisch, eine Warenhandels- und Industriekrise von schon lange nicht dagewesener Schärfe an. Während es im ganzen Jahre 1922 nur 51 handelsgerichtliche Ausgleiche und 1923 deren 210 gab, ist die Zahl dieser Insolvenzen im ersten Halbjahr 1924 schon auf 558 gestiegen. In der zweiten Jahreshälfte befürchtet man bei Gericht eine Zrunahme der Insolvenzen auf noch mehr als das Doppelte. Dazu kommen noch die Konkurse und die landesgerichtlichen Ausgleiche, die sich auf die nicht protokollierten Firmen beziehen. Besonders den Monaten September und Oktober sicht man mit Sorge entgegen. Um wieder auf den Vergleich mit dem Krach von 1873 zurückzukommen, muss konstatiert werden, dass es damals nicht so viele Zusammenbrüche alter renommierter Firmen und nicht so viel Selbstmorde zugrunde gegangener Geschäftsleute gegeben hat. Aber all dies erschöpft noch nicht den Umfang der Börsen- und Wirtschaftskrise. Zu den vielen offenen Zahlungseinstellungen gesellen sich auch noch zahlreiche stille Ausgleiche, die ohne Anrufung der Gerichte vor sich gehen.

Es lässt sich noch nicht absehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden. Das Haupthindernis der Erholung ist die nicht bloss drückende, sondern würgende Gold- und Kreditnot. An der Börse ist das Geld momentan zwar nicht teuer, weil dort wegen des ausserordentlich zusammengeschrumpften Geschäftes nur wenig Depotgelder benötigt werden. Aber desto teurer und desto schwerer erhältlich ist Bargeld und Wechselkredit im Warenverkehr. Kaum ist von der Notenbank der Diskontsatz von 9 auf 12 pCt. erhöht worden, ist von massgebender Seite eine baldige weitere Erhöhung des Bankzinsfusses in Aussicht gestellt worden. Während unaufhörlich von Handel und Industrie der Schrei nach billigerem Gelde ertönt, greift im Gegenteil die Geldteuerung immer weiter um sich. Der Versuch der Postsparkasse, durch Verdreifachung ihres Einlagezinsfusses von 3 auf 9 pCt. ihre Kapitalskraft heben, wird wohl auch nicht in dem gewünschten Masse Abhi schaffen.

✱ **Steuerliche Bewertung von ausländische Zahlungsmitteln.** Es wird uns geschrieben:

Eine Exportfirma hatte die auf Grund von Lieferungen in das A land erworbenen ausländischen Zahlungsmittel nach dem Kurse Tage der Rechnungserteilung bewertet. Das Finanzamt war dieser wertung nicht gefolgt, hatte vielmehr als den für die Kursfestsetzu massgebenden Zeitpunkt nicht den Tag der Hergabe der Ware, sond der Warenforderung angesehen. Die Ansicht der Steuerpflichtig sei zwar rechtlich haltbar, wirtschaftlich jedoch nicht zu vertreten mit der Buchhaltungstechnik nicht vereinbar. Als Anschaffungsp für die Warenforderung habe zwar der Kaufpreis für die Ware, gerechnet nach dem Kurse am Tage der Lastschrift zu gelten, an Stelle der Warenforderung trete jedoch die Devise und wirtschaftl und buchtechnisch gehe die bisherige Warenpreisforderung unter dem Zeitpunkte, zu dem die Verfügungsgewalt über die Devise erla sei. Das Gegengeschäft für die Erlangung der Devise bedeute auf je Fall nicht Warenlieferung, sondern die Hergabe der Warenforderu Es mache dabei keinen Unterschied, ob das Warenforderungsdevis umsatzgeschäft ein Tauschvertrag sei oder aber dass es einen Kauf Devise mittels der Warenforderung bedeute. Das Finanzgericht diesen Ausführungen des Finanzamts nicht beigetreten. Auch die hi gegen vom Finanzamt eingelegte Beschwerde beim Reichsfinanzhof ha keinen Erfolg. Der Reichsfinanzhof hat in seinem Urteil darauf h gewiesen, dass in Fällen der vorliegenden Art der mit dem auslän schen Warenempfänger abgeschlossene Kaufvertrag die Grundlage den Erwerb der ausländischen Zahlungsmittel bildet. Auf Grund die einheitlichen Kaufvertrages erwirbt der Warenlieferant den in auslä dischen Zahlungsmitteln zu leistenden Kaufpreis. Es liegt also ein e heitliches Rechtsgeschäft vor, das unmöglich in der vom Finanzamt v tretenen Form in zwei verschiedene Geschäfte zerlegt werden ka Eine derartige Konstruktion sei gekünstelt und weder in rechtlicher n in wirtschaftlicher Form anzuerkennen. Die Devisen sind und bleib lediglich das Entgelt für die Warenlieferung. Ein besonderer A schaffungspreis kann daher für sie in derartigen Fällen begrifflich ni in Frage kommen. Nach § 33a Abs. 1, Satz 2 des Einkommensteu gesetzes in Verbindung mit § 9 des Körperschaftsteuergesetzes gilt Anschaffungspreis der für den Erwerb der Devisen im Zeitpunkte ih Anschaffung gemeingewöhnlicherweise aufzuwendende Betrag. Dies Anschaffungszeitpunkt fällt mit der eigentlichen Lieferung, dur welche das Anrecht auf den in Devisen zu zahlenden Kaufpreis ausgel wird, zusammen.

Nach kaufmännischer Uebung ist also für die Wertfes stellung der Tag der Belastung des ausländischen Käufers a Grund der Lieferung massgebend.

✱ **Belgische Befürchtungen wegen des bevorsteher den neuen deutschen Zolltarifs.** Bekanntlich erhält Deutsc land ab 1. Januar 1925 laut Versailler Vertrag wieder volle Freihe seine Zollangelegenheiten und Wirtschaftsverträge nach seinem Gu dünken zu regeln. Dies beschäftigt seit einiger Zeit lebhaft die belgisc Industrie, die keine Gelegenheit vorüber gehen lässt, um die Regieru auf den Zustand aufmerksam zu machen, in welchem sich evtl. die b gische Wirtschaft am 1. Januar befinden könnte, sollte sich die Regi rung nicht vorher mit Deutschland ins Einvernehmen gesetzt habe Es wird hervorgehoben, dass in Deutschland seit mehreren Monat 250 Fachleute an der Ausarbeitung des neuen Zolltarifs beschäftigt seie während in Belgien noch nichts in dieser Hinsicht geschehen sei u es wäre zu befürchten, dass sich mit Beginn des neuen Jahres der Wi schaftskampf gegenüber Deutschland bedeutend verschärfen würde, w für Belgien von schwerwiegenden Folgen sein könnte. Die belgisc luxemburgischen Regierungen haben sich zwar an die inländischen Wi schaftsverbände gewandt, damit diese die Grundlagen für den m Deutschland abzuschliessenden Vertrag festlegen sollten, doch wird di als ungenügend erachtet. Die Industrie verlangt vielmehr eine vorheri Verständigung mit Frankreich, denn falls Belgien allein mit Deutsc land in Verhandlungen eintreten sollte, so wäre es nicht ausgeschlosse dass Deutschland, wenn seine Interessen es erforderten, Belgien geg Frankreich oder umgekehrt ausspielen würde. Ferner sei die Gefa einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht unterschätzen (da ersteres über Koks, Kohle und letzteres über Eise erze verfügt), sollte Belgien von einer evtl. Interessengemeinschaft au geschlossen bleiben. Eine Aeusserung Frankreichs über diesen Punk würde jedenfalls viel zur Klärung der Angelegenheit beitragen.

✱ **Ein Berliner Messeamt.** Die Arbeiten der gemeinnützige Berliner Messe-Aufbau-Gesellschaft haben in den letzten Wochen ein sehr entschiedenen Fortgang erfahren, der seinen Ausdruck nunme auch in der Begründung des „Berliner Messeamtes" gefunde hat. In einer vertraulichen Besprechung, an der die zuständig Reichs- und Staatsbehörden, sowie Vertreter der zunächst beteiligte Industrien teilnahmen, erklärten der Reichswirtschafts minister und der preussische Handelsminister ihre Zusti mung zu den Zielen des Berliner Messeamtes und gaben ihr durch Ei tritt in den Ehrenausschuss Ausdruck

✱ **„Der Anker", Transportversicherungs-Akt.-Ges.** i Berlin. Die Gesellschaft, die dem Konzern „Der Anker" Allgemein Versicherungs-Akt.-Ges. von 1858 in Wien und der Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft Akt.-Ges. in Zürich angehört, teilt u mit, dass sie mit der bis vor kurzem unter Geschäftsaufsicht stehende Anker Mit- und Rückversicherungs-Akt.-Ges. in Berlin vielfach ve wechselt wird, jeroch mit dieser Gesellschaft in keinerlei Be ziehungen steht.

✱ Berliner und auswärtige Konkurse und Zahlungsstockungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn. Termin	Anm. Frist	1. Gläub. Vers.	Prüf. Term
Kfm. Nathan Hirschmann	Ahlen i. Westf.	Ahlen i. Westf.	15. 7	4. 8	12. 8	12.
Kfm. Richard Fahning	Bad Doberan	Bad Doberan	15. 7	7. 8	18. 8	8.
Philergos A.-G. für Industriebauten	Berlin	Berlin	13. 6	1. 9	11. 7	3.1
Kfm. Ernst Lange	Berl.-Charlottenburg	Brln.-Charlottenburg	14. 7	5. 9	13. 8	6.1
Kfm. Hermann Blenke	Bremen	Bremen	14. 7	30. 8	12. 8	30.
Kfm. Benno Kuhn	Bremen	Bremen	15. 7	15. 9	12. 8	14.1
Kfm. Johannes Habenicht	Bremen	Bremen	15. 7	30. 8	12. 8	30.1
Fa. Kuttner & Co.	Breslau	Breslau	10. 7	21. 8	7. 8	4.
Kfm Paul Stein	Döbeln	Döbeln	15. 7	7. 8	13. 8	25.
Fa. Baltes & Burmester	Dortmund	Dortmund	12. 7	15. 8	12. 8	29.
Fa. Elektrizitäts Maschinen-Ges. GmbH	Altenwalde	Dorum	8. 7	31. 7	—	25.
Dresdn. Tabakw.-Grosshandel GmbH.	Dresden	Dresden	15. 7	5. 8	15.	29.
Fabrikant Louis Weber	Herold	Ehrenfriedersdorf	—	—	—	—
Fabrikt. Ernst Barth	Ehrenfriedersdorf	Ehrenfriedersdorf	12. 7	28. 8	4. 8	13.
Kfm. Leopold Arndt	Glogau	Glogau	15. 7	20. 9	14. 8	2. 1
Kfm. Ludwig Streng	Hall-Schwäbisch	Hall-Schwäbisch	15. 7	7. 8	15. 8	15.
Fa. August Ottnad	Karlsruhe-Baden	Karlsruhe-Baden	7. 7	15. 8	5. 8	1.
Fa. Wiersbitzky u. Krüger	Königsberg Pr.	Königsberg Pr	10. 7	1. 8	9. 8	21.
Fa. „Lipsia-Automobilwerke" G. m. b. H.	Leipzig	Leipzig	15. 7	11. 8	—	5.
Kfm. Max Lössnitz	Lössnitz	Lössnitz	15. 7	15. 8	13. 8	22.
Fa. Industriewerk Stemmle u. Co. G. m. b. H.	Tamm	Ludwigsburg	5. 7	5. 9	4. 8	29.
Fa. Otto von der Höh, Metallw. Werkzeugfabr.	Vohwinkel-Siegersb.	Mettmann	11. 7	16. 8	23. 7	26.
Fa. Bayerische Betriebsstoff- u. Mineralölindustrie G. m. b. H.	München	München	14. 7	4. 8	13. 8	13.
Kfm. Willy Federhoff	Neustrelitz	Neustrelitz	15. 7	5. 8	13. 8	13.
Off. H. Louis Ahrens Söhne	Norden	Norden	14. 7	16. 8	8. 8	5.
Fabrikbes. Waldemar Consilius	Ohlau	Ohlau	14. 7	11. 8	8. 8	22.
Kfm. Oskar Simon	Quakenbrück	Quakenbrück	14. 7	2. 8	—	9. 8
Fa. M. Hartebrodt, Wäsche- und Kleiderfabrik	Weissenburg i. B.	Weissenburg i. B	14. 7	2. 9	5. 8	18.
Fa. Chem. Fabrik A.-G. Alfred Kriske	Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	12. 7	6. 8	6. 8	10.
Kfm. Otto Nipelt	Zeitz	Zeitz	14. 7	14. 8	9. 8	30. 8

Gelebte Dramaturgie.

Eine Anregung.

Von [Nachdruck verboten.]

Otto Nebelthau.

In New-York, wo das Stück als solches ein viel größeres Geschäftsobjekt darstellt als bei uns, weil der Manager es für das ganze Reich kauft und alle seine Verpflichtungen nicht etwa für ein bestimmtes Theater, sondern nur für ein bestimmtes Stück eingeht, hat sich eine Art Dramaturgie herausgebildet, die außerordentlich wertvoll erscheint, wenn man sie bewußt ausbaut! Junge Schauspielschüler, die Dienerrollen spielen, schließen sich in Uebungsstunden zusammen und studieren nicht etwa Shakespeare oder Ibsen ein, sondern lassen sich vom Dramaturgen ihres Theaters oder Managers ein unaufgeführtes Stück geben, das sie, um angesehen zu werden, ihrem Chef vorspielen. Regie führt meist der Inspizient, da er, um Regisseur zu werden, als solcher anfangen muß. Der Manager kommt gern. Denn er braucht einmal das Stück nicht zu lesen, sondern sieht es und beobachtet außerdem den Nachwuchs in Aufgaben, die ein wirkliches Urteil zulassen. — Diese gute Idee kann man prächtig ausgestalten: An das Theater-Seminar wird eine Schauspielschule angeschlossen. Im zweiten Jahre studieren die Schüler nicht Franz-Moor-Monologe und Gretchenszenen, sondern unaufgeführte Stücke, alle vierzehn Tage ein neues, in zwei Spielgruppen, also mindestens 40 im Jahr. Die Stücke werden von den Verlegern empfohlen, denn eine direkte Annahme durch die Schule würde zu Ungerechtigkeiten führen. Einstudiert werden die Stücke von den Regieaspiranten, nachdem sie von ihnen und dem Dramaturgenlehrling zurechtgestutzt sind, alles natürlich unter der Aufsicht des Lehrers, der auch die Besetzung macht. Im Zuschauerraum sitzen die Direktoren, alle unbeschäftigten Lehrer und — last not least — die Dichter.

Welche Vorteile erwachsen daraus für alle Beteiligten!

Der Verleger kann an die Direktoren schreiben: „Ich empfehle Ihnen das interessante Stück des jungen So und So. Sie können es sich dann und dann im Theaterseminar ansehen." Der Dichter lernt außerordentlich viel allein aus der Tatsache, daß er seine Figuren, gleichgültig, ob gut, ob schlecht, überhaupt einmal wandeln sieht. Wie viel wird ihm dabei einfallen, wie gern und klar wird er sich zu Aenderungen verstehen, wenn er selbst die Wirkung gesehen hat. Fest steht, daß keine Lektüre ein ähnlich sicheres Urteil für den Direktor zuläßt, als eine auch noch so problematische Aufführung. Ganz abgesehen davon, daß er sich so in gefälliger, anregender Arbeit überhaupt mit der Literatur der Unaufgeführten beschäftigt, zu der er sonst meist weder Lust noch Zeit hat. Für Schüler und Lehrer gestaltet sich der Unterricht zu einer nicht zu übertreffenden Lebendigkeit, die immer wieder Ansporn zum äußersten ist. Es ist nicht zuviel gesagt, daß wir durch diese Einrichtung eine neues, erfrischendes Element in unser am Boden liegendes Theaterwesen bekommen könnten, dessen Bedeutung garnicht abzuschätzen ist. Ein Samenkorn kann gelegt werden, das die herrlichsten Früchte trägt —.

✱ **Max Stahlschmidts 70. Geburtstag.** Max Stahlschmidt, der bekannte Tier- und Landschaftsmaler, feiert am 22. Juli seinen 70. Geburtstag. Er ist ein Schüler von Paul Meyerheim, siedelte dann nach Weimar über, wo der Schafmaler Brendel sein Lehrer wurde. In noch jungen Jahren erwarb er sich die goldene und silberne Thüringer Medaille. In den nächsten Monaten beabsichtigt er in einer Sonderausstellung in den Räumen der Charlottenburger Innenraumkunst, Grolmanstraße 4/5, seine Lebensarbeit zu zeigen.

✱ **Tonkünstlerkonferenz.** Vom 4. bis 6. Oktober hält der Reichsverband deutscher Tonkünstler und Musiklehrer in Dortmund seine diesjährige Hauptversammlung ab. An künstlerischen Veranstaltungen sind vorgesehen: Ein Orchesterkonzert, geleitet von Professor Sieben mit einer Sinfonie von Waltershausen; ferner ein Klavierkonzert von Reuß und ein Liederzyklus von Albert Weckauf; außerdem ein Chorkonzert unter Musikdirektor Holtschneider, in welchem „Weihe der Nacht" von Arnold Ebel, „Sehnsucht" von Georg Schumann und Teile aus dem „Marienleben" aufgeführt werden.

✱ **Rügen-Kunstausstellung in Binz.** Im Ostseebad Binz ist von dem Vorkämpfer für den Potsdamer Kunstsommer, Dr. Guido Hoffmann in den Räumen des Kurhauses und Kaiserhofs eine Kunstausstellung eröffnet worden, die vornehmlich naturalistisch, impressionistische und expressionistische Kunst von Rügen zeigt. Die Führung durch die Ausstellung hat Kunstmaler Karl Richard Hoppe übernommen.

Wochenspielplan der Berliner Bühnen.

Erstaufführungen. Tribüne: 25. Biederleute. — Intimes Theater: 22. Der Alb; Nachtlieder; Der Befehl. — 21. Rosetheater: Lehmanns Kinder; (Gartenbühne: Mädi).

Staatl. Schauspielhaus: Die verfolgte Unschuld.
Schillertheater: Die Frau ohne Kuß.
Intimes Theater: 20., 21. Crepe Georgette; Lauf doch nicht immer nackt herum; Besuch im Bett.
Rosetheater: 21. Lehmanns Kinder; Gartenbühne: Mädi.
Trianontheater: Anatol.
Künstlertheater: Der blaue Heinrich.
Deutsches Theater: Klubleute.
Kammerspiele: Kümmelblättchen.
Große Volksoper: 20. Mignon; 21. Fledermaus; 22. Mignon; 23. La Traviata; 24. Diavolo; 25. Troubadour; 26. Mignon; 27. Mignon; 28. La Traviata.
Lustspielhaus: Die Hausdame.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski; für auswärtige Politik: Josef Schwab; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt; für das Feuilleton: Fred Hildenbrandt; für Wissenschaft: Dr. Gotthold Mamlock; für den Roman: Fritz Engel; für die Handelsztg.: Dr. Adolf Roeder; f. d. übr. Teil d. Blatt.: Albert Pi'a; f. d. Inserate: Heinrich Baron; sml. i. Berlin.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin. **Hierzu 1 Beiblatt.**

Abend-Ausgabe
Sonnabend, den 19. Juli 1924

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Nr. 341 • Beiblatt
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

⊙ Hypothekenbanken.

Günstige Wirkungen der Gruppenbildung. — Wiederbelebung des Geschäftes. — Optimismus für die Zukunft.

Von

Dr. Adolf Roeder.

Die schwere Krise, von der unser Wirtschaftsleben erfasst ist, hat auch die Hypothekenbanken nicht verschont. Allerdings ist ihre Lage nicht annähernd so katastrophal wie im vergangenen Jahre. Damals, in der Inflationszeit, handelte es sich für sie schliesslich nicht mehr um die Wahrung der Vermögenssubstanz, sondern geradezu um die Aufrechterhaltung der Existenz überhaupt. Sie mussten dem durch den Verfall der Währung bedingten eigenen Zusammenbruch solange machtund hilflos gegenüberstehen, als die in der Gewährung langfristigen Realkredits liegende Eigenart ihres Geschäftsbetriebes jede freie Beweglichkeit hinderte, gesetzliche Vorschriften, die sich als unzeitgemäss erwiesen, den Kreis ihrer Geschäfte einengten, die Anlage eigenen Vermögens und die Wiederanlage der in Papiermark zurückströmenden alten Hypotheken-Goldkapitalien in wertbeständiger Form den Vorschriften des Hypothekenbankgesetzes zuwiderlief, und keine Möglichkeit bestand, Zinsen auf alte Darlehen in Gold zu verlangen oder auch nur aufzuwerten. Diese von den Hypothekenbanken seinerzeit oft genug geschilderte, für sie unerträgliche Situation wurde erst reichlich spät durch gesetzgeberische Eingriffe geändert und gebessert. Das Wasser war schon ausserordentlich gefährlich gestiegen, als durch den Erlass der Gesetze über wertbeständige Hypotheken und über wertbeständige Schuldverschreibungen vom 23. Juni 1923 ein Damm gegen die hereinbrechende Inflationsflut geschaffen wurde, durch Abänderung des Hypothekenbankgesetzes am 14. Juli 1923 den Hypothekenbanken die intensivere Pflege des Depositengeschäftes zugestanden und endlich durch Verordnung vom 30. September 1923 die Frage geregelt wurde, wie die Einrechnung der wertbeständigen Schuldverschreibungen der Hypothekenbanken in den Pfandbriefumlauf und die Umlaufsgrenze zu erfolgen habe.

Alle diese Befreiungen von Fesseln, die für normale Verhältnisse berechnet waren, hätten aber wohl kaum den völligen Ruin einzelner Hypothekenbanken aufhalten können, wenn diese Institute nicht schon lange vorher, in klarer Erkenntnis der drohenden Gefahren, den Wege des Zusammenschlusses beschritten hätten. Es ist bekannt, dass heute der grösste Teil der deutschen Hypothekenbanken in Gruppen vereinigt ist, einmal, um eine intensivere und kapitalstarke Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte zu erreichen, und zum anderen, um die rapide gestiegenen Unkosten durch Vereinfachung der Betriebe und Sparmassnahmen aller Art auf einen erträglichen Stand herabzudrücken. Die Idee einer Interessengemeinschaft, und zwar einer fast völlig fusionsgleichen, wurde bereits im März 1921 zuerst zwischen der Deutschen Hypothekenbank in Meiningen und der Preussischen Bodenkredit-Aktienbank in Berlin verwirklicht, und diese „Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken" umfasst heute ausser den genannten Instituten noch die Frankfurter Pfandbriefbank Akt.-Ges., die Leipziger Hypothekenbank, die Norddeutsche Grundkreditbank, die Schlesische Bodenkredit Aktienbank und die Westdeutsche Bodenkreditanstalt. Seit längerer Zeit steht die Gruppe mit der chenfalls gebildeten „Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekenbanken" in enger Fühlung — wenn auch nicht von einem Konditionenkartell oder überhaupt von einem durch bindende Abmachungen festgelegten Zusammenarbeiten die Rede ist —, und zwar handelt es sich hier im ganzen um einen Komplex von 13 befreundeten Banken. Ein weiterer Zusammenschluss ist im November 1922 unter Führung der Preussischen Central-Bodenkredit Akt.-Ges. in Berlin mit der Deutschen Grundkredit-Bank, der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank in Köln und der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank unter der Bezeichnung „Deutsche Central Bodenkredit - Vereinigung" in Berlin zustande gekommen. Endlich ist in diesem Zusammenhang auch der Abschluss eines Interessengemeinschaftsvertrages zwischen der Preussischen Pfandbriefbank und der Roggenrentenbank zu erwähnen, der eine etwas ungewöhnlichere Annäherung als die vorher genannten Vereinigungen darstellt, und unter heftigen Kämpfen der durch Aktienbesitz an der Preussischen Pfandbriefbank beteiligten Gruppen vereinbart worden ist, aber gleichfalls die gegenseitige Unterstützung bei allen geschäftlichen Transaktionen garantieren soll.

Ohne Zweifel hat der Zusammenschluss der Hypothekenbanken, der unter veränderten Zeitverhältnissen möglicherweise wieder von einer Dezentralisation abgelöst werden wird, den Instituten die Ueberwindung der in den letzten Jahren entstandenen Schwierigkeiten wesentlich erleichtert und sie erst instand gesetzt, grosse Aufgaben, vor allem auch auf dem Gebiete des Darlehnsgeschäfts mit industriellen Unternehmungen der Privat- und Gemeinwirtschaft, zu bewältigen. Ihre straffe Organisation gestattete es ihnen auch, von der den Hypothekenbanken im vorigen Jahre nach energischen Bemühungen vom Gesetzgeber gewährten Möglichkeit der Ausgabe wertbeständiger Obligationen schnell und stark Gebrauch zu machen. Während die Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken sofort nach Erlass der erwähnten Verordnung vom 30. September 1923 zur Ausgabe von 5proz. Goldkommunalobligationen und Goldpfandbriefen auf Feingoldbasis schritt, versuchte es die Deutsche Central-Bodenkredit-Vereinigung zunächst mit der Emission von kommunalen Schuldverschreibungen auf Roggenbasis, also einem unvollkommenen Währungsersatz, um dann ebenfalls zur Ausgabe von 5proz. Feingoldpfandbriefen und Feingoldkommunalschuldverschreibungen überzugehen. Später, nämlich im laufenden Jahre, legte die letztgenannte Vereinigung sogar — ein vollkommenes Novum für den Kapitalmarkt — 10proz. Goldschuldverschreibungen zur Zeichnung auf, und bei der Preussischen Pfandbriefbank ist gerade im Augenblick ebenfalls die Ausgabe 10proz. Goldpfandbriefe im Gange.

Im vorigen Jahre fanden die Goldobligationen der Hypothekeninstitute reissenden Absatz, so dass die den Banken zur Verfügung stehenden Beträge teilweise schon in wenigen Tagen überzeichnet waren und die Subskription vorzeitig geschlossen werden musste. Auch nach Einführung der Goldpfandbriefe und Goldobligationen an der Börse bestand zunächst noch starke Nachfrage nach ihnen, doch liess die Schätung der Rentenmark das Interesse für die Obligationen ebenso wie für andere wertbeständige Anlagepapiere erlahmen. Diese Konstellation hielt während des weitaus überwiegenden Teiles des laufenden Jahres an, und man kann erst seit Ende Juni von einer Neubelebung des Marktes der Goldpfandbriefe und Goldkommunalobligationen sprechen. In der letzten Zeit setzte sich eine mässige Besserung des Kursniveaus dieser Werte durch, die immerhin beachtenswert erscheint, da bei den meisten Hypothekenbanken wohl noch keine Hoffnung auf eine erfolgreiche Unterbringung weiterer Goldobligationen erweckt. Zum mindesten im Inlande dürften die Aussichten auf Absatz derartiger Emissionspapiere angesichts der Geldknappheit und der noch in den Anfängen steckenden Neubildung von Sparkapital begrenzt sein. Ueberhaupt ist in der heutigen Zeit den Hypothekenbanken die Durchführung grosser Transaktionen wohl kaum möglich, wenn auch andererseits durchaus nicht von einer Stagnation ihres Geschäfts und von einer pessimistischen Stimmung bei den Leitern der Institute die Rede ist. Durch die Zusammenlegung der Bankbetriebe der einzelnen Gruppen, durch einen teilweise sehr rigorosen Beamtenabbau und sonstige, vielleicht übervorsichtige Sparmassnahmen sind die Unkosten soweit herabgemindert worden, dass sie heute wohl ganz allgemein durch die Einnahmen reichlich gedeckt werden. Die Erträgnisse fliessen bei den Vereinigungen zurzeit aus verschiedenen Hauptquellen. Bemerkenswert ist, dass die Gemeinschaft Deutscher Hypothekenbanken infolge eines befriedigenden Absatzes ihrer Goldobligationen und Goldpfandbriefe sowie durch Rückzahlung fälliger, mit 15 pCt. aufgewerteter Hypotheken neunenswerte Mittel hereinbekommen hat und gegenwärtig so flüssig ist, dass sie Geld an Banken — mit etwa 1½ bis 1¾ pCt. im Monat gegen gute Deckung — ausleihen kann. Eine geringere Rolle spielt bei dieser Gruppe zurzeit die Hergabe von Hypothekengeldern. Hierbei fällt ins Gewicht, dass diese eigentliche und ursprüngliche Betätigung der Hypothekeninstitute durch zu Anfang des laufenden Jahres erlassene Bestimmungen des Wohlfahrtsministeriums erschwert ist, wonach landwirtschaftliche Beleihungen von Neubauten nur mit einem Zehntel des Vorkriegswertes und Beleihungen von Neubauten nur mit einem Fünftel des Vorkriegswertes zulässig sind. Andere Hypothekenbanken sind weniger flüssig, zum Teil deshalb, weil die Eingänge an Hypothekenzinsen — mitunter bis zu 90 pCt. — und Hypothekenrückzahlungen in Goldobligationen bzw. deren Coupons erfolgen. Dementsprechend werden aber auch neue Hypothekengelder vielfach nicht in bar, sondern in Obligationen ausgezahlt, die von dem Schuldner, auf Wunsch unter Mitwirkung der Hypothekenbanken als Kommissionär, realisiert werden. Es kommt bei einigen Instituten häufiger industrielle Beleihungen, in geringerem Umfange ländliche und nur selten solche für Wohnungsbauten in Frage. Die Sätze, die heute für erststellige Hypotheken angerechnet werden, unterliegen natürlich im einzelnen Schwankungen. Als Norm lässt sich feststellen, dass die Zinsen 1 pCt. über dem Zinsfuss der ausgegebenen Pfandbriefe liegen. Bei einem Institut, das vorwiegend 6proz. Papiere emittiert hat, belaufen sich demnach die Hypothekenzinsen auf 7 pCt. Ausserdem wird noch ein Verwaltungskostenbeitrag von ½ pCt. berechnet, der aber häufig auch wegfällt, und schliesslich ist noch eine Abschlussprovision zu bezahlen, die heute bei einer 10jährigen erststelligen Hypothek 8—10 pCt., im Durchschnitt jedoch wohl 7—8 pCt. ausmachen dürfte.

Was den Absatz von Pfandbriefen usw. anlangt, so ist schon darauf hingewiesen worden, dass das Inland hierfür gegenwärtig nur in beschränktem Masse in Betracht kommt. Dagegen besteht, wie man hört, im Auslande etwas grösseres und vor allem noch erheblich steigerungsfähiges Interesse für Emissionspapiere deutscher Hypothekenbanken. Von einer Seite wird uns erklärt, dass Italien, Spanien und Südamerika aufnahmewillig für Obligationen sind, während von anderer Seite die Bereitschaft Nordamerikas zur Erwerbung dieser Werte hervorgehoben wird. Das Interesse der Vereinigten Staaten für geschäftliche Transaktionen mit deutschen Hypothekenbanken ist bei der grossen Zinsspanne, die zwischen den auf dem deutschen und dem amerikanischen Geldmarkt gezahlten Sätzen liegt, durchaus erklärlich. Man muss sich vergegenwärtigen, dass am New-Yorker Geldmarkt eine ausserordentliche Flüssigkeit besteht, die es mit sich bringt, dass tägliches Geld nur mit 2 pCt. verzinst wird, und die Bankrate für tägliches Geld sogar nur 1½ pCt. beträgt. Damit ist der niedrigste Satz seit Bestehen Wallstreets erreicht. Termingelder haben zur Zeit in New-York eine Verzinsung von 2¾—3½ pCt., alle diese Raten natürlich pro anno gerechnet. Bei der bereits erfolgten Fühlungnahme amerikanischer Konzerne mit deutschen Interessenten zwecks Unterbringung von Geldern in Deutschland lässt sich feststellen, dass sie, offenbar infolge mancher den Amerikanern zuteil gewordener Enttäuschungen, nur noch mit ersten Firmen, und zwar direkt, ohne Zwischenschaltung von Agenten erfolgt. Uebrigens scheinen auch andere, über bedeutende flüssige Mittel verfügende Staaten bereit zu sein, ihr Geld in Deutschland, und zwar besonders auch auf dem Gebiete des Hypothekenwesens, arbeiten zu lassen. Zum Ziele werden die schon mehrfach gepflogenen Verhandlungen aber erst dann führen, wenn der Dawes-Bericht angenommen und damit eine tragfähige Basis für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft geschaffen ist.

Es ergibt sich schon aus dieser kurzen Betrachtung, dass die Zukunft der deutschen Hypothekenbanken im allgemeinen keineswegs in trübem Lichte erscheint. Sollen sich aber die gehegten Hoffnungen — namentlich auch hinsichtlich eines zum Herbst erwarteten Zustroms von Mitteln zum Hypothekarkredit — erfüllen, so muss noch manche Unklarheit und Unsicherheit im Hypothekenbankgewerbe selbst, ebenso wie in der

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 19. Juli.

War schon gestern der Produktenmarkt trotz gestiegener amerikanischer Notierungen schwach gewesen, so gestaltete sich heute, als auch von Uebersee ein Rückschlag gemeldet war, die hiesige Marktlage direkt flau. Der Weizenexport will den erhofften Umfang trotz rentierender Preise nicht annehmen, weil ein grosser Teil unserer Qualitäten den ausländischen Ansprüchen nicht genügt. Das Inland bietet aber viel Material zu nachgebenden Preisen an, und die Mühlen halten bei dem sehr schwer gewordenen Mehlabsatz mit Weizenkäufen zurück. Auch Roggen, der besonders viel und dringlich aus der Mark, von Schlesien und der Warthe offeriert wird, findet trotz billigerer Forderungen wenig Beachtung. Roggenmehl geht schlecht, Polen fordert für solches dringend Gebote. Gerste, in Wintergerste offeriert, geht meist nach dem nordwestlichen Deutschland. Hafer ruhig.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.

(Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg. In Goldmark der Goldmünze oder in Rentenmark.)

	19. 7.	18. 7.		19. 7.	18. 7.
Weizen, märk.	170–177	172–178	Weizenkleie, fr. Bln.	9,50–9.60	9,60–9,70
- mitteld.	—	—			
Roggen, märk.	137–144	140–147	Roggenkleie, fr. Bln.	9,50–9,60	9,60–9,70
- pomm.	—	—			
- westpr.	—	—	Raps	260	260
Gerste, Futter-	155–160	155–160	Leinsaat	330	330
- Sommerg.	160–170	160–170	Viktor.-Erbs.	20,00–22,00	20,00–22,00
Hafer, märk.	140–145	142–147	Kl. Speiseerbs.	14,00–15,00	14,00–15,00
- pomm.	—	—	Futtererbsen	14,00	14,00
- westpr.	—	—	Peluschken	14,00	14,00
Mais, loco Bln.			Ackerbohnen	14,00–15,00	14,00–15,00
Waggon Hbg.	—	—	Wicken	15,00–16,00	15,00–16,00
Weizenmehl, 100 kg fr. Bln.			Lupinen, blau	9,50–10,00	9,50–10,00
fr. incl. Sack (feinst. Mark.)			Lupinen, gelbe	—	ohne Angeb.
(überNotiz)	24,00–27,50	24,50–28,00	Serradella	—	—
Roggenmehl, per 100 kg fr. Bln. br. incl. Sack	21,50–24,00	22,00–24,50	Rapskuchen	11,00	11,00
			Leinkuchen	19,00–20,00	19,00–20,00
			Trockenschnitz.	8,80–9,00	8,80–9,00
			vw. Zuckersch.	18,00–19,00	18,00–19,00
			Torfmel. 30/70	—	—
			Kartoffelflock.	21,00–21,50	21,00–21,50

✱ **Alexandria,** 18. Juli. Baumwolle Sakellaridis per Juli 45,45 (Vortag: 45,60), Ashmouni per August 33,65 (33,50), Ashmouni epr Oktober 31,68 (30,75), Sakellaridis per November 39,68 (39,33), Ashmouni per Dezember 31,28 (31,00), Sakellaridis per Januar 39,63 (38,98).

✱ **Buenos Aires,** 18. Juli. Weizen behauptet, per September 14,70 (Vortag: 15,05), per Oktober 14,95 (15,20), Mais per September 9,50 (9,75), per Oktober 9,70 (9,95), Hafer per September 9,10 (9,10), Gerste loko 9,80 (9,50), Leinsaat behauptet, per September 23,95 (23,90), per Oktober 23,85 (24,15).

✱ **Rosario,** 18. Juli. Weizen behauptet, per September 14,40 (Vortag: 14,65), per November 14,60 (14,85), Mais per September 9,40 (9,60), per November 9,50 (9,70), Leinsaat behauptet, per September 23,25 (23,35), per November 23,35 (23,45).

✱ **Amsterdam,** 19. Juli, 10 Uhr 33 Min. (Privat-Telegramm der Rotterdamschen Bankvereeniging.) London 11,53, Berlin 0,6275, New-York 265,50, Paris 13,475, Brüssel 120,25, Kopenhagen 42,50, Kristiania 35,975, Stockholm 70,20, Zürich 48,00, Buenos Aires 85,50.

✱ **Rom,** 19. Juli. Paris 118,67, London 101,73, Schweiz 422,10, Spanien 307,50, New-York 23,26, Argentinien 17,24, Belgien 106,21, Hundert Goldlire = 448,96 Papierlire.

⊙ **Die neuen Geschäfte der Seehandlung.** Wir hatten dieser Tage bereits über neue Geschäfte der Seehandlung berichtet, wonach die Seehandlung auf Grund von aufgenommenen täglichen Geldern Wechsel hereinnehmen will. Wir hören nun zu diesen Geschäften folgendes: Die Wechsel sollen nur von den Mitgliedern der Stempelvereinigung zum Rediskont übernommen werden. Die einzelnen Mitglieder der Stempelvereinigung haben sich zu den neuen Seehandlungsgeschäften in ganz verschiedener Weise geäussert, im allgemeinen müssen sie das Wechselmaterial zu diesem Zwecke erst verschaffen, da es derzeit nicht vorhanden ist.

Für jedes Mitglied wurde der Höchstbetrag, für den sie Wechsel einreichen können, kontingentiert. Aus der Addition der Kontingente ergibt sich, dass das Gesamtkontingent etwa 50 Mill. M. beträgt. Die Rückdeckung seitens der Reichsbank soll den Maximalbetrag voll decken. Die Seehandlung will nicht nur Diskonte, sondern auch Bankakzepte, d. h. Wechsel, die von einem Privaten auf eine Bank oder umgekehrt gezogen sind und die dann von einer anderen Bank angekauft worden, übernehmen. Bei solchen Wechseln muss nur die ankaufende Bank zur Stempelvereinigung gehörig sein. Hiermit ist also auch den kleineren Banken die Möglichkeit gegeben, dass sie auf dem Umwege des Ankaufs durch eine Bank der Stempelvereinigung, die diese bei der Seehandlung rediskontieren kann, am Wechselgeschäft der Seehandlung teilnehmen können.

Die Seehandlung will ebenfalls mit Hilfe der Reichsbank auch ein weiteres Geschäft aufnehmen, dessen Gesamtsumme ein mehrfaches des oben geschilderten Geschäftes beträgt. Sie will nämlich auch an die Landwirtschaft Wechselkredite geben und zwar auf Grund eines zugesagten Rücklombards bei der Reichsbank und in gewissem Umfange auch auf Grund von aufgenommenen täglichen Geldern. Diese Kredite sollen jedoch in keinem einzigen Fall privaten Landwirten gegeben werden, vielmehr werden Wechsel nur durch Vermittlung von drei Stellen, nämlich durch die Preussenkasse, durch die deutsche Girozentrale und durch die Landschaften eingereicht werden können. Dieses Geschäft, das die Seehandlung gewissermassen als Kommissionär der Reichsbank ausführen wird, bedeutet letzten Endes eine Erweiterung der Reichsbankkredite zwecks Finanzierung der Landwirtschaft.

Die Seehandlung wird ab 21. Juli folgende Zinsen berechnen. Im Habenverkehr wird sie vergüten an die Bankierkundschaft für Tagesgeld 7 pCt. pro anno, für Geld auf einen Tag 6 pCt. pro anno, an Private für Tagesgeld 7 pCt. pro anno, an Beamte 8 pCt. pro anno. Für feste über 14tägige befristete Gelder bei weniger als 100 000 Mark betragenden Guthaben 12 pCt., darüber für 14tägige bis einmonatlich befristete Gelder 12 pCt., für länger befristete 15 pCt. Im Sollveckehr nimmt sie im Konto-Korrentverkehr von Banken und von Privaten 20 pCt. pro anno, für Wechselrediskontierungen seitens der Banken der Stempelvereinigung 7 pCt. pro anno.

✱ **Der deutsche Bergbau im Monat Juni 1924.** Aus Fachkreisen wird uns mitgeteilt: Es stellte sich im

I. Steinkohlenbergbau.

1. Ruhrbezirk.

	1913 To.	1922 To.	1924 To.
Förderung insgesamt	9 508 741	6 821 544	7 325 712
arbeitstäglich	372 350	287 223	315 084
Kokserzeugung insgesamt	1 858 296	1 887 641	1 379 107
arbeitstäglich	61 941	64 255	43 970
Brikettherstellung insgesamt	419 765	281 571	240 991
arbeitstäglich	16 791	11 856	10 365
Belegschaft	392 151	516 148	447 707 Mann

(Bei diesen Angaben sind die von der Regie betriebenen drei Zechen und zehn Kokereien unberücksichtigt geblieben.) Die Kohlenförderung hatte hirnach eine Steigerung von 9,7 pCt. gegenüber dem Jahre 1922 zu verzeichnen hingegen verminderte sich die Kokserzeugung um 24,95 pCt. und die Brikettherstellung um 12,58 pCt. gegenüber dem Jahr 1922. — Die Belegschaft verringerte sich gegenüber 1922 um 13,26 pCt. — In Aachen betrug die Förderung im Juni 1924 201 279 Tonnen. — In West-Oberschlesien betrug die Steinkohlenförderung 657 775 Tonnen, arbeitstäglich 28 598 Tonnen bei 26 Arbeitstagen. — In dem Absatz ist eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Trotz des sechswöchentlichen Arbeitsranststandes ist infolge der vermehrten Einfuhr aus Polnisch-Oberschlesien eine Kohlenknappheit nicht zu bemerken gewesen, es ist im Gegenteil der Absatz in den kleinen Sortimenten und besonders Staubkohlen nach wie vor schwach. Der nach dem Produktionsausfall der letzten Wochen zu erwartende Kohlenbedarf hat sich nur in den groben Sortimenten gezeigt, während die kleinen Sortimente nach wie vor schwer unterzubringen sind. — In Niederschlesien wurden insgesamt 417 954 Tonnen gefördert. — In Sachen 81 356 Tonnen. Die Produktionszahlen für den Monat Juni besitzen keinen Vergleichswert da der Streik erst am 24. Juni beendet wurde und erst seitdem nach und nach die normale Produktion wieder einsetzt.

II. Braunkohlenbergbau.

1. Mitteldeutschland:

	1923 To.	1924 To.
Förderung insgesamt	8 324 802	6 534 137
arbeitstäglich	320 185	272 253
Kokserzeugung insgesamt	35 805	34 128
arbeitstäglich	1 377	1 422
Brikettherstellung insgesamt	2 034 106	1 629 967
arbeitstäglich	78 235	67 878

Die Rückgänge gegenüber dem Monat Juni des Vorjahres beziffern sich demnach für Rohkohle auf 21,5 pCt., für Briketts auf 19,9 pCt. und für Koks auf 4,7 pCt. Der Berichtsmonat hatte 24 Arbeitstage, der Monat des Vorjahres 26 Arbeitstage. — Auch die arbeitstägliche Förderung erfuhr eine Verminderung gegenüber dem Vorjahre und betrug für Rohkohle 15 pCt., für Briketts 13,2 pCt.; allein der Koks weist eine Steigerung von 3,3 pCt. auf.

Der Berichtsmonat stand im Zeichen einer ausserordentlich starken Absatzstockung. Infolge der Unmöglichkeit, wegen der ausserordentlichen Kreditnot auf Stapel zu pressen, blieb den Werken nur die Einlegung von Feierschichten übrig. Diese sind denn auch in fast allen Revieren verfahren worden. Stellenweise musste auch zu Arbeiterentlassungen geschritten werden. Die Reviere Borna und Meuselwitz-Rositz waren von der Absatzkrise bisher am meisten verschont, aber auch hier zeigten sich im Berichtsmona Anzeichen einer beginnenden Absatzstockung.

✱ **Michael-Konzern.** Wie wir hören, haben die auf Eingehung eines dauernden näheren Verhältnisses der Michael-Gruppe zu der Deutschen Vereinsbank hinzielenden Verhandlungen zu einem Abkommen geführt. Es ist Vorsorge für Unterbringung der bei Aufstellung der Goldbilanz der Deutschen Vereinsbank zu erwartenden Kapitalerhöhung getroffen, ebenso für Ueberlassung von ausreichenden Betriebsmitteln an die Bank bis zu diesem Zeitpunkt.

✱ **Erweiterung der tschechischen Interessen der A. E. G.** Wie wir hören sind von seiten der A. E. G. Bestrebungen im Gange, gemeinsam mit der A. E. G. Union und mit der A. E. G. Ringhoffen in Prag eine elektrotechnische Fabrik in Brünn zu errichten. Die Verhandlungen sind bisher jedoch noch zu keinem definitiven Abschluss gelangt da man abwarten will, ob nicht die in Aussicht genommene Ermässigung des tschecho-slowakischen Zolls die Errichtung der Fabrik illusorisch machen würde.

✱ **Berzelius Metallhandels Akt.-Ges.** in Frankfurt am Main. Das Unternehmen schliesst mit einem Verlust von 51 298 Bill. M. ab. Die Kapitalumstellung wird von 64 Mill. Mark auf 6,40 Mill. Goldmark beantragt. Die zum Konzern der Metallbank gehörige Gesellschaft legt also Kapital nur soweit zusammen, dass es noch um über 50 pCt. über der Vorkriegshöhe von 4 Mill. Mark liegt.

✱ **Terraingesellschaft am neuen Botanischen Garten Akt.-Ges.** in Berlin. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die für 1923 vorgelegte Papiermarkbilanz, die mit einem Verlust von 1.335 Bill. M. abschliesst. Allerdings steht diesem Posten der ungefähr gleiche Betrag an zurückgestellten Steuern gegenüber, von dem die Verwaltung annimmt, dass eine wesentliche Reduzierung seitens der Regierung zu erwarten ist. Neu in den Aufsichtsrat wurde Bankdirektor Erich Müller von der Deutschen Girozentrale gewählt. Der Vorsitzende, Adolf Sommerfeld, äusserte sich verhältnismässig hoffungsvoll über die weitere Entwicklung. Auf dem Baumarkt sei in letzter Zeit eine unverkennbare Belebung zu beobachten und durch die jetzt allgemein eingeführte Hauszinssteuer eine weitere Belebung der Bautätigkeit zu erwarten. Auch gewährt die Stadt Berlin im allgemeinen jedem einigermassen solventen Bauherrn zum Neubau einer 4—5-Zimmerwohnung eine langjährige Hypothek von 4—6000 Mark zu 3 pCt. pro Jahr, sofern der Betreffende den Nachweis führen kann, dass er selbst den gleichen Betrag aufzubringen in der Lage ist.

allgemeinen Lage, beseitigt werden. Vor allem bedürfen noch zwei Fragen der Klärung: Die Aufwertung und die Goldbilanz. Vorläufig fehlen immer noch sehr wesentliche Teile der Ausführungsbestimmungen zur dritten Steuernotverordnung, die endgültige Gewissheit über den Umfang der Aufwertung im Hypothekenwesen und über die Aufstellung der Goldbilanzen von Hypothekenbanken geben, für die ein Aufschub bis 1. Oktober bewilligt ist. Man muss daher immer wieder fordern, dass dieses Ergänzungsstück des Komplexes der dritten Steuernotverordnung bald fertiggestellt und veröffentlicht wird. Die Hypothekenbanken, deren vorausschauende Politik sich im ganzen bewährt und ihnen die Existenz gerettet hat, sind bereit und berufen, bei der Sanierung der deutschen Wirtschaft massgebend mitzuwirken. Sie dürfen mit gutem Rechte verlangen, dass ihre Tätigkeit nicht unnötig erschwert und verzögert wird.

Waren-Markt.

✱ **Vom süddeutschen Produktenmarkt.** Aus Mannheim, 18. Juli, wird uns geschrieben: Die Erwägung, dass die Einführung von Schutzzöllen angesichts des Widerspruchs grosser politischer Parteien vorläufig zweifelhaft sein könnte, wurde in ihrer Wirkung durch den reichsministeriellen Erlass über die Freigabe der Getreide- und Mehlausfuhr ausgeglichen. Nach dem Anlauf, den der süddeutsche Produktenmarkt in dieser Woche genommen hat, besteht alle Aussicht, dass das mit der Ausfuhrerlaubnis angestrebte Ziel einer Angleichung der inländischen Getreide- und Mehlpreise an die Auslandspreise, womit die geldliche Lage der Landwirtschaft erleichtert werden soll, rasch erreicht werden wird. Vorläufig sind allerdings die Auslandsnotierungen weiter davongelaufen. Zuletzt verlangte man für die 100 Kilogramm Weizen, Manitoba III, rheinschwimemnd 10⅞ hfl.; für 79 kg schweren Barusso 14¼ hfl. cif Mannheim; für Kansas, Hard Winter II, Juli-Abladung 14¼ hfl. cif Rotterdam; 79 kg Rosa Fé, ladend, geladen 14½ hfl. cif Mannheim; Western Roggen II, rheinschwimmend 10⅞ hfl. cif Mannheim; Plata-Hafer 48 kg, geladen, in schwimmendem Dampfer 9,10 hfl. cif Antwerpen; ferner für tschechoslowakische Gerste, wovon die ersten Muster in Durchschnittsqualität vrolagen, 136 kg ab Passau; australische Chevaliergerste 123 belg. Fr., Chilegerste 125 belg. Fr., alte polnische Gerste 100 belg. Fr. je cif Antwerpen. Diese Aouslandsforderungen, die oben angeführten Gründe unter weitere ungünstige Erntenachrichten aus Amerika, Kanada, Russland und jetzt auch aus Ungarn, dienten als Begründung für das Ansteigen der Inlandsware. Für diese vergleichen sich die letzten amtlichen Preisangaben mit jenen der Vorwoche wie folgt, für je 100 kg, waggonfrei Mannheim, in Goldmark: Weizen, inländischer, 20—21 (Vorwoche 17,75—18,25); ausländischer 23—25 (21,50—23,25); Roggen, inländischer 16,50—17,25 (15,50—16); ausländischer 17,50—18 (16,50); Braugerste, inländische 17,50—18,50 (17,50—18); Mais mit Sack 17—17,50 (16,25—16,50). Der Mehlmarkt lag gleichfalls fest. Die Forderungen der süddeutschen Mühlen lauteten für Weizenmehl, Basis Special 0, auf 32,50 M. (Vorwoche 29,60): Roggenmehl 26,50 M. (24); die zweite verlangte 31 bzw. 25 (28,50 bzw. 23). Es kamen ziemliche Umsätze zustande. Argentinisches Weizenmehl wurde mit 27¼ M., amerikanisches mit 31—32 M., frei Mannheim angeboten. Bei einer Versteigerung von 30 000 kg holl. Roggenmehl wurden für 65- bis 68proz. Ausmahlung 15,50 hfl., für 70proz. Ausmahlung 14,60 hfl. erzielt, doch ging dieses Mehl an den Antragsteller zurück; freihändig verkaufte 30 000 kg gingen zu 15,50 hfl. um. Die Versteigerung von 100 Sack franz. Weizenmehl, in Mannheim bahnstehend, erbrachte 28,20 M., von weiteren 150 Sack desgl. 29 M. je 100 kg, in diesem Falle von dritter Seite. Für Nachmehl wurden je nach Beschaffenheit 14—16 M. die 100 kg gefordert. Futtermittel lagen fest bei anziehenden Preisen. Verlangt wurden u. a. für je 100 kg Weizenmehlkleie 10,25—10,75 M. (Vorwoche 8,75—9,00); für Malzkeime und Biertreber, mit Sack, 11—11½ M., Trockenschnitzel ca. 12 M., vollwertige Zuckerschnitzel 18—20 M., Melassefutter 9½—10 M.; Rapskuchen 11 M. Von Rauhfutter bedang Wiesenheu, neues, 6,40—7,60 M. (6,40—7); Luzernekleeheu, neues 7,80—8,60 (7,20—8); Pressstroh 4,40—5,00 (4—4,60); gebundenes Stroh 2,80—3,40 (3,50—4,00), frei Mannheim.

✱ **Belgische Schrott- und Altmetallpreise.** Die Preise stellen sich momentan wie folgt: Mischschrott 225 Fr. gegen 235; eKrnschnitt 325 (335), Kesselschrott mehr als 6 mm entnietet 295 (290), unentnietet 220, neue Abfallbleche, unchargierfähig 180 (185), chargierfähig 230, Hochofenschrott 310, Eisen- und Stahlspäne 205, Maschinenschrott, unchargierfähig 345 (340), chargierfähig 400 (395), Grauguss 380 (375), Rohrbruch 340, verbrannter Guss 320 (315), Temperguss 380 (335), alles die 1000 kg Fracht zu Lasten des Empfängers. Für Altmetalle sind die Notierungen folgende: Rotguss 440, Späne 380, Rotkupfer 465, Späne 400, Schwermessing 420, Leichtmessing 330, Späne 270, Zink 230, Neuabfälle 275, Weissmetall 435, Schriftblei 215, Blei, gereinigt 200, Plattenblei 230, Kapseln 175, Staniol 150, Aluminium (Neuabfälle) 915, Späne 475 Fr., alles die 100 kg Fracht zu Lasten des Empfängers.

✱ **Von den ausländischen Rohhäute- und Ledermärkten.** Der nordamerikanische Rohhäutemarkt ist im allgemeinen fest, wenn auch die vor kurzem eingetretene grössere Lebhaftigkeit sich nicht gesteigert hat. Das Geschäft vollzieht sich vielmehr im allgemeinen in ruhigen Bahnen. Die Preise haben sich von Anfang bis Mitte Juni etwas erhöht, sind aber inzwischen wieder auf die Ausgangsnotierungen zurückgegangen. Es gilt dies in noch stärkerem Masse, als von Packerhäuten, von Landhäuten, die einen ziemlichen Rückgang erfahren haben. Der ostindische Häutemarkt ist lebhaft, die Preise sind fest. Auf der Kopenhagener Auktion machte sich lebhafte Kauflust bemerkbar, und die Preise konnten auch nicht unerheblich anziehen. Ganz ähnlich liegt auch das Geschäft im freien Handel, wo sich in der letzten Zeit eine fühlbare Belebung vollzog. Auf dem holländischen Markt nimmt das Geschäft auch einen etwas lebhafteren Verlauf, ohne dass die Preise jedoch profitieren konnten. Geringere Provenienzen mussten sich vielmehr einen gewissen Abschlag gefallen lassen. Auf dem französischen Rohhäutemarkt blieben sich die Preise auf der letzten, Ende des Monats notierten Basis bei nur wenig lebhaftem Verkehr. Auch auf dem schweizerischen und deutsch-österreichischen Markt sind besondere Ereignisse und Preisveränderungen nicht zu verzeichnen. Der tschechoslowakische Markt lässt eine leichte Belebung erkennen. Der englische Markt zeigt reguläres Geschäft bei unveränderten Preisen. Die Londoner Wochenversteigerungen haben sich in den letzten Wochen kaum vrändert. — Auf dem internationalen Ledermarkt ist fast durchweg eine Belebung zu erkennen.

✱ **Zahlungsschwierigkeiten einer Schuhfabrik.** In Zahlungsschwierigkeiten geraten ist die Schuhfabrik Assmann & Erlach in Berlin, Grosse Frankfurter Strasse 86. Sie bietet ihren Gläubigern 60 pCt., bei voller Befriedigung der kleineren Forderungen bis 300 M. Die Passiven betragen ca. 75—90 000 M., denen Vermögensewrte von 40—45 000 M. gegenüberstehen.

✱ **Ueber die Firma Elektro- und Metall-Akt.-Ges.,** Leipzig wurde das Konkursverfahren verhängt.

✱ **Zu den Zahlungsschwierigkeiten der Fir[ma] Hansen Bang,** Berlin, teilt uns der frühere Inhaber dieser Fir[ma] Herr Hansen Bang i. Fa. Kaufmann u. Meyer, Berlin, mit, [dass] er am 1. Januar 1924 die Firma verkauft und mit der Firma nichts m[ehr] zu tun habe.

Sächsische Webstuhlfabrik Akt.-Ges., Chemnitz. [Aus] einem Ueberschuss von 661 794 Bill. M. soll eine Dividen[de] von 4 Goldmark auf jede Stammaktie von 1000 M. und 1,20 Goldm[ark] auf jede Aktie von 300 M. ausgeschüttet werden. Der Rest [von] 538 994 Bill. M. wird vorgetragen.

Carl Bödicker & Co., Komm.-Ges. a. A., Hamburg. Für [das] Geschäftsjahr 1923 wird ein Ueberschuss von 1 026 816 Bill. [M.] ausgewiesen, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Portland-Cementfabrik „Germania" Akt.-Ges., Berlin. [Der] Ueberschuss des Geschäftsjahres 1923 von 3838 Bill. M. [wird] nach Abzug von 7 pCt. Papiermarkdividende für die Vorzugsak[tien] in Höhe von 350 000 M. (?) auf neue Rechnung vorgetragen wer[den].

Die Eigenart
unter den Versicherungskonzernen
verkörpert der
GERLING-KONZERN
Seine Organisationskraft liegt in der Kraft seiner Anhänger!
Hauptverwaltung: KÖLN, von Werthstr. 14
Geschäftsstellen in allen Teilen des Reiches.
Berlin W. 8, Behrenstr. 58/61 — Bremen, Georgstrasse 24 — Breslau, Albrechtstr. 13 — Chemnitz, Langestrasse 23
Dresden, Gutzkowstr. 10 — Halle a. S., Meckelstrasse 1 — Hamburg 1, Plan 9 II — Hannover, Georgstrasse 27
Königsberg, Kantstrasse 10b — Leipzig, Jakobstrasse 10 — Magdeburg, Kantstrasse 14 — Stettin, Moltkestrasse 21

Leitender Redakteur der Handelszeitung: Dr. Felix Pinner.

Nachtrag zur Morgen-Expreß-Ausgabe des Berliner Tageblatts.

Die für Freitag morgen angesetzte Versammlung des zweiten Ausschusses, des sogenannten Seydoux-Ausschusses ist unerwarteterweise abgesagt worden. Dieser Ausschuß steht, eben weil er über die Räumung des Ruhrgebietes und über die rheinisch-westfälische Eisenbahn zu entscheiden hat, jetzt im Vordergrund des Interesses. Es erregte Ueberraschung, als bekannt wurde, daß die für 11 Uhr anberaumte Sitzung abgesagt wurde. Denn in dieser Sitzung sollte das mit Ungeduld erwartete Seydouxsche Memorandum geprüft werden. Das sorgfältig ausgearbeitete Memorandum soll 20 bis 30 Seiten lang sein. Da aber stellte es sich heraus, daß Frankreich das Memorandum fertiggestellt hatte, ohne vorher die Belgier zu befragen. Die Belgier sollen hierüber erstaunt gewesen sein, da sie als Mitbesetzungsmacht im Ruhrgebiet das Recht verlangen, in allen die Besetzung betreffenden Fragen gehört zu werden. Die Folge war, daß die Absage der Sitzung beschlossen und in den darauf folgenden Besprechungen zwischen den Belgiern und Franzosen das ganze Seydouxsche Memorandum wieder auseinandergenommen wurde. Die Belgier sollen hierbei wesentliche Aenderungen durchgesetzt haben, und zwar, wie verlautet, im Sinne einer Milderung der französischen Auffassung. Dieser neue französisch-belgische Räumungsplan sollte heute dem zweiten Ausschuß vorgelegt werden. Der Ausschuß tritt indeß bereits nachmittags 5 Uhr wieder zusammen.

✤

Den Stand der Erörterungen über die Sanktionsfrage besprechend, bedauert „Temps", daß durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" der englische und französische Vorschlag über die Frage der Vertragsverletzung und der Sanktionen vorzeitig bekannt geworden sei. Das Publikum und ein Teil der Presse habe durch diese Gegenüberstellung den irrigen Eindruck einer Meinungsverschiedenheit erhalten, während es in Wahrheit sich um eine Frage der „Vorbesprechung" gehandelt habe. Jetzt werde ein amerikanischer Vorschlag vorbereitet, der für England und für Frankreich annehmbar sei. Bei der Kritik der beiden Vorschläge gibt das Blatt dem französischen Entwurf den Vorzug. Der Vorschlag Peretti della Roccas sei ein fester Bau auf solidem Grunde, der Gegenvorschlag Snowdens ein „Zaun mit zwei Türen". Durch die eine könne die englische Politik zu jeder Zeit einen Ausweg finden, die andere Tür soll den französischen Sanktionen den Weg versperren.

✤

Zu dem in der ersten Kommission der Londoner Konferenz eingebrachten Kompromißvorschlag des amerikanischen Delegierten in Sanktionsfragen meldet der Sonderberichterstatter der Agentur Havas aus London: Wenn man französischerseits auch mit Recht verweigern wolle, daß durch Abänderung gewisser Bestimmungen des Friedensvertrages ein Präzedenzfall wichtiger Art geschaffen werde, so begreife man doch vollkommen, daß es, um den Erfolg der im Sachverständigenbericht vorgesehenen Anleihe zu sichern, unerläßlich sei, den Gläubigern Garantien zu bieten, die allerdings nicht politischer, sondern finanzieller Art sein müßten. Zu diesem Zweck sei von der belgischen Delegation mit Unterstützung der amerikanischen Sachverständigen heute vormittag der ersten Kommission vorgeschlagen worden, den Zeichnern und Gläubigern der 800-Millionen-Anleihe absolute Priorität zuzusprechen.

✤

Die erste Bedingung, welche die Reparationskommission gestellt hat, ehe sie die Durchführung des Sachverständigenberichtes als begonnen betrachtet, ist wenigstens zum Teil bereits erfüllt, nachdem jetzt die drei von der Reparationskommission gewählten Ausschüsse für die Organisation der im Dawes-Plan vorgesehenen Zahlungsgarantien ihre Arbeit beendet haben. Der Organisationsplan für die Industrieobligationen ist der Reparationskommission bereits Mittwoch übergeben worden, die anderen beiden Entwürfe über die Goldnotenbank und die Eisenbahn sind im Druck und werden der Kommission sofort nach der Fertigstellung zugehen.

✤

Ministerpräsident Dr. Held hatte auf einem vom bayerischen Reichswehrkommandanten General Kreß v. Kressenstein gegebenen Essen, eine Zusammenkunft mit dem Chef der Reichswehr, General v. Seeckt. Außerdem empfing er den preußischen Geschäftsträger, Ministerialrat Dr. Denk. Letzterer Besuch ist mehr als ein bloßer Höflichkeitsakt. Von einer dem Ministerpräsidenten nahestehenden Seite wird betont, daß die Aussprache der Idee diente, auf dem Wege der innerdeutschen diplomatischen Vertretung, **die Rechte der deutschen Einzelheiten gegenüber dem Reiche** in engem Kontakt miteinander zu wahren.

✤

Der völkische Reichstagsabgeordnete, Major a. D. Henning war, wie gemeldet, in einem von ihm angestrengten Beleidigungsprozeß von dem Vorsitzenden des Amtsgerichts Charlottenburg, Amtsgerichtsrat Dr. Friedländer, in eine Ordnungsstrafe von 50 Goldmark genommen worden, weil er vor Gericht die Aufforderung des Vorsitzenden, das **Hakenkreuz** abzulegen, nicht nachgekommen war. Während dem Ablehnungsantrag gegen Dr. Friedländer wegen Befangenheit seinerzeit bekanntlich stattgegeben wurde, hatte Henning mit seiner Beschwerde gegen diese Ordnungsstrafe keinen Erfolg. Der 25. Zivilsenat des Kammergerichts hat in seiner Sitzung vom 11. Juli die Beschwerde zurückgewiesen.

✤

In der Lungenheilanstalt Dr. Bremer in Görbersdorf in Schlesien erkrankte am Sonntag nach dem Mittagessen eine große Anzahl der Patienten und des Anstaltspersonals unter starken **Vergiftungserscheinungen.** Die Zahl der vergifteten Personen beträgt 238. Das einzige Todesopfer dieser Massenvergiftung ist der Oberarzt der Anstalt geworden. Alle übrigen Kranken befinden sich, wie die Anstaltsleitung mitteilt, auf dem Wege der Besserung. Die Vergiftungserscheinungen machten sich nach dem Genuß einer aus Milch, Eiern und frischen Erdbeeren hergestellten Speise bemerkbar. Alle Insassen der Anstalt, die diese Speise genossen haben, sind erkrankt. Es sind dies alle Patienten und außerdem der größte Teil des Pflegepersonals, der Wärter und der Aerzte. Infolgedessen mußte von den übrigen in Görbersdorf befindlichen Heilanstalten sowie aus Breslau Hilfspersonal herangezogen werden. Der Luftkurort Görbersdorf im Kreise Waldenburg in Schlesien ist wegen seiner gesunden klimatischen Verhältnisse seit mehr als dreiviertel Jahrhunderten als Kurort für Lungenkranke bekannt.

✤

✱ **New-York,** 18. Juli. (Privat-Funkspruch.) **Berlin Schlusskurs 23⅞—24** (23⅞ bis 24). Kaffee Santos Nr. 4 loko 20½ (20¼), Rio Nr. 7 loko 17,00 (16⅝), Tendenz willig, per Juli 15,65 (15,25), per September 15,30 (14,95), per Dezember 14,25 (14,13), per März 13,85 (13,80), per Mai 13,60 (13,55). Baumwolle stetig, loko 35,40 (32,35), per Juli 31,40 bis 31,40 (31,35—31,38), per August 27,25—27,25 (27,47—27,47), per September 26,60—26,60 (26,86—26,86), per Oktober 26,38—26,41 (26,55 bis 26,60), per Dezember 25,50—25,55 (25,77—25,80), per Januar 25,40 bis 25,44 (25,67—25,69), per März 25,79 bis 25,79 (25,89—25,90), per April 25,83—25,83 (25,93—25,93), per Mai 25,88-25,88 (25,97-25,97). Schmalz prime Western 13,32½ (13,45), Talg extra lose 7⅞ (7¾). Petroleum in Cases 16,90 (16,90), in Tanks 6,50 (6,50), Standard white 13,50 13,50). Zucker Zentrifugal stetig, per Juli 3,27 (3,28), per September 3,37 (3,37), per Dezember 3,33 (3,33), per März 3,13 (3,13). Kautschuk first later crepe loko 22¼ (22¾), smoked sheets 21½ (21¾). Terpentin 84 (84), Savannah-Terpentin 77¼ (77) — **Dollarparität: 4,188 Bill. Brief, 4,166 Bill. Geld.**

✱ **New-York,** 18. Juli. (Privat-Funkspruch.) Weizen Rotwinter neue Ernte loko 141½ (Vortag: 145¼). Hartwinter neue Ernte loko 141½ (145¼). Mais loko 121 (123¼). Mehl spring wheat clears 5,60—6,10 (5,60—6,10).

Köstritzer Schwarzbier
Altberühmtes Gesundheitsbier
Tausende ärztlicher Gutachten.
Flasche 45 Pfennig
Ueberall zu haben.
Köstritzer Schwarzbiergesellschaft
Landsberger Allee 6/7
Telephon: Alexander 8358

Normalspur! Infolge dringend Standort-Veränd. Bierwaggon mit amtl. Lautattest ab Chemnitz zu jed. annehmb. Preis zu verkaufen. Gg. Schlamme A.-G. Berlin W. 9, Köthener Str. 46. Fernr. Lützow 3712 Tel. Eisenschlamme.

ANDERMATT (Schweiz) — Danioth's Grand-Hôtel
I. class. Comfort und vorzügl. Verpfleg. zu mäss. Preisen.

Motorrad-Garagen
von M. 122,— an liefern
Wolf Netter & Jacobi,
Berlin W. 15 ✱ Frankfurt a. M.

15 Stück Schnellbohrmaschinen Bohrleist. b. 50 mm fabrikneu prima Chemn. Fabr. weit unter Herstell.-Preis a. einz. ab Chemnitz zu verkaufen. Gg. Schlamme A.-G. Berlin W. 9, Köthener Str. 46. Fernr. Lützow 3712 Tel. Eisenschlamme.

Gebrauchte eiserne Arb.-Kleiderschränke gibt billigst ab Humboldt Nr. 573.

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Kaufe gegen Kassa: Strumpfwaren, Trikotagen. Ang. u. Ko A. 2599 an Rudolf Mosse. Rosenthalerstr. 48.

Gelegenheitsposten Strickwaren, Wäsche, Stoffe Verschiedenes kauft Kasse Welsch, Wasserthorstraße 12/13. Mpl 3264.

Preiswerte geeignete Waren übernimmt kommissionsweise 5 Schaufenster, 9 Schaukästen, große Lagerräume vorhanden. Handelsgesellschaft, Ritterstr. 95.

Wir sind Käufer von Lagerposten, Lombardwaren jeder Art. Offerten unt. J. C. 1579 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19

Rindvachetten, longgr. und florida, kaufe bar unter Preis. Offerten unter E. H. 1536 befördert Rudolf Mosse, Moritzplatz.

Gegen Barzahlung kaufe größeren Posten Arbeits- u. Straßenschuhe. Off. mit Preisangaben u. J. E 1539 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Kaffeekäufer.
Wir suchen eine Gleiskreuzung, For[m] 1:9 auf Eisenschwellen, fabrikneu, re[c...] zu kaufen. Billigste Offerte erbeten an Mürmel & Wöhlmann, Eggersd[orf] Bez. Magdeburg.

Geglühter Draht, 2×2,5 mm, in kleinen und großen Po[sten] zu kaufen gesucht. Offert. unter J. B. [...] an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Erbitten Offerten in preiswerter Lagerware Glas, Porzellan, Steingut, Emaille, Lederwaren. 10—12 Uhr vormittags. S. Feder. Alexandrinenstrasse 27. [...]

Wir kaufen gegen sofortige Kass[e] eden Posten Baumwoll- u. Lein[en]waren. Bemusterte Offerten erbet. Wäsche-Ausstattungshaus „Rekord" Versand-Abteilung, Berlin, Heiligegeiststraße 37.

LAGERPOSTEN.
Automobil- und Fahrrad-Branche, Papier, technische und chemische Waren, Farben, seriöse Exportartikel, von A.-G. für Holland, Frankreich, England gesucht.
Voraussetzung niedr. Preise. Fabrikvertretungen können noch übernommen werden. Offert. unt. J. M. 14621 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Kaufe gegen Kassa: Inlettes, Handtücher, Bettdamaste, Dimites, Hemdentuch, Linon, Hemdenflanelle, Pilot, Manchestertuche und Bukskin, Futterstoffe und Trikotagen großen und kleinen Mengen. Bruno Silberberg, Berlin C. [...] Jüdenstr. 1./13. Ztr. 4270.

Kartoffel-, Gemüse- u. Obsthandel.
Holländer, Jahre Grossist gewesen, mit prima Referenzen bekannt auf allen Auktionen in Holland, sucht Stellung als Einkäufer für erstkl. Firmen für ganz Deutschland Briefe unter L. 86 an Ann.-Expedition Rouma & Co., Amsterdam, Holland.

Große Vorräte in billigen Preisen: Feuerzeuge, Taschenlampen, Zigaretten-Etuis, Solinger Stahlwaren, Rasierutensilien, Raucherartikel, Stielfächer, Kirschentkerner, Massenartikel, Neuheiten und viele andere Waren. Paul Ely, Ritterstr. 21.

Geschliffene (facettierte) Halsketten aus Kunsthorn und Kunstharz sowie Halsketten und Bijouteriewaren aus Galalith, Bein u. Elfenbein liefert an Grossisten und Exporteure zu billigen Preisen. Bijouterie- u. Perlen Manufactur, Berlin SW. 68, Alexandrinenstr. 25. Tel.: Dönhoff 754 u. Moritzpl. 16467.

Wertvolle Briefmarken-Sammlung enthaltend Alt-Deutschland fast komplett, Europa, erste Ausgaben, meist komplett, viele Raritäten und Stücke auf Brief preiswert, jedoch nicht an Händler zu verkaufen. Gefl. Angebote unter Kgst. L. 2060 an Rudolf Mosse, Königstr. 56.

Restposten Badeanzüge, Netzjacken, Schlupfhosen billigst abzugeben Georg Lewin, Berlin, Königstraße 20/21.

Strickbinder, Taschentücher, Herrensocken nur Partiepost. kauft Goldstein, Oranienstr. 206. Mpl. 6311.

Kaufe per Kasse größere Posten Strumpfwaren, Trikotagen, Futtermann, Charl., Wielandstr. 11.

Neue kunstseidene Trikotabfälle kauft laufend Richard Scheu, Motzstr. 8.

Werkzeugmaschinenpark, auch einz., kauft Kasse Heinze & Co., Königsberger Straße 26/27.

Kernschrott, Gußschrott, Drehspäne, Hammerschlag und sonstige Schrottmaterialien kauft laufend zu den höchsten Kassapreisen. Oskar Koppel, Remscheid.

Gummitine Velour de Laine größere Posten gegen sofort. Kasse gesucht. Aeußerste Preisangabe nebst Muster als Eilofferte unter M. L. 8470 an Rudolf Mosse, München.

Konfekt. Lederfachen für Herren und Damen kaufen gegen Kasse Baer Sohn A.-G., Berlin, Chausseestraße 29/30.

Seltene Gelegenheitsposten Hemdentuche, Flanell, Zephyr, u.a. Baumwoll-Waren, Wollfries, 140 ctm p. Mtr. 2,75, Haarfries, 130 ctm p. Mtr. 1,95, bietet an Markowitz, Klosterstr. 29.

Zigaretten und Zigarren. Günstige Angebote nur von Fabrikanten sucht Lebensmittelgroßhandlung. Offerten unter Schbg. G. 610 beförd. Rudolf Mosse, Büschingstr. 69.

„Meßpalast" BERLIN, Ritterstr. 69 Ständige Maschinen- u. Muster-Ausstellung Im Neubau einige Stände noch verfügb.

Berliner Handels-Register.

Abteilung A.:

Keßler & Co., Offene Handelsgesellsch. Berlin-Friedenau, Büsingstr. 11. Gesellschafter: Paul Keßler, Antoine Hanlet. — Graal & Co., Offene Handelsgef. Berlin, Zentralviehhof, Eldenaerstraße 37. Gesellschafter: Franz Graul, Erich Fromme, Georg Henze. — A. Borchardt & Müller, Offene Handelsgesellschaft Berlin, Augsburger Str. 33. Gesellschafter: Alfons Borchardt, Arnold Müller. — Sigmund Brandler & Co., Offene Handelsgef. Berlin, Markgrafenstraße 25. Gesellschafter: Sigmund Brandler, Alfred Borger. — Heinrich & Diersch, Offene Handelsgef. Berlin, Möckernstraße 102. Gesellschafter: Reinhold Heinrich, Hans Diersch. — Kuttner & Gottschalk, Offene Handelsgef. Berlin, Gontardstraße 3. Gesellschafter: Alfred Kuttner, Berthold Gottschalk. — Gnaß & Co., Offene Handelsgef. Berlin, Wallstraße 25. Gesellschafter: Paul Gnaß, Emmy Gnaß. — Arthur Keller & Co., Offene Handelsgef. Berlin-Lichtenberg, Pfarrstr. 77. Gesellschafter: Arthur Keller, Erich Nachenstein. — Langner & Wehrmaker, Holzagentur u. -Kommission, Offene Handelsgef. Berlin-Charlottenburg, Trendelenburgstr. 14a. Gesellschafter: Paul Langner, Joseph Wehrmaker. — Johannes Lennartz, Berlin, Prinzenstraße 84, wohin die Niederlassung von Magdeburg verlegt ist. Inh.: Johannes Lennartz. — Pestalozzi-Verlag Wilhelm Bredehorn, Düsseldorf, Zweigniederlassung Berlin, Dorotheenstraße 41. Inh.: Wilhelm Bredehorn. — Waldemar Rosner, Berlin-Halensee, Katharinenstr. 2. Inh.: Waldemar Rosner. — Siegmund Schmalz, Berlin, Linienstr. 27. Inh.: Siegmund Schmalz. —

Abteilung B.

— Ebel & Petsch G. m. b. H., Nutzung des den Gesellschaftern gehörigen Grund- u. Gebäudebesitzes, Berlin-Britz, Hannemannstraße 31. Geschäftsf.: Otto Petsch. Grundk.: 5000 G.-M. — Gartenbaubetrieb Grunewald G. m. b. H. Berlin-Schmargendorf, Delbrückstraße 39. Geschäftsf.: Isidor Krann. Grundk.: 5000 G.-M. — Hape-Film-Co. G. m. b. H. Fabrikation der Harry-Piel-Filme und Betrieb aller Geschäfte, die in die Film- u. Kinobranche hineinspielen. Berlin, Markgrafenstraße 77a. Geschäftsf.: Harry Piel. Grundk.: 5000 G.-M. —